Gesundheitsschutz in Albanien – Die Vorbeugung steht an erster Stelle

Seite 4

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 10. Januar 1976 — 10. Jahrgang — 50 Pfennig

Das ist die Zukunft der Jugend im Kapitalismus

Nach der Schule arbeitslos

In den nächsten Jahren soll die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf über 1 Million anwachsen. ,,*Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen*", heißt es im Artikel 12 des Grundgesetzes. Die kapitalistische Wirklichkeit aber sieht anders aus. Wie im vergangenen Jahr wird es auch in den kommenden Jahren für Hunderttausende von Schulabgängern weder Beruf, noch Ausbildungsstätte, noch Arbeitsplatz geben. Nach der Schule arbeitslos — das ist die Zukunft, die der Kapitalismus einer ständig wachsenden Zahl von Jugendlichen zu bieten hat.

Mehr als 300000 junge Menschen unter 25 Jahren werden gegenwärtig offiziell als Arbeitslose registriert. Nicht mitgerechnet sind dabei die Jugendlichen, die seit Verlassen der Schule noch nie arbeiten konnten. Sie erhalten keine Arbeitslosenunterstützung und gelten nicht als Arbeitslose. Aber allein 1975 blieben über 100000 Schulabgänger ohne Lehrstelle und Arbeitsplatz. Der Anteil der Jugendlichen unter 20, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, hat sich seit September 1974 von 8,1% auf 17,7% mehr als verdoppelt. Es steigt also die Zahl der Jugendlichen, die nicht nur vorübergehend, sondern dauernd arbeitslos sind.

Seit 1967 ist die Zahl der Lehrstellen um die Hälfte zurückgegangen. Allein im letzten Jahr verschwanden durch die große Zahl von Pleiten kleinerer und mittlerer Betriebe zigtausende Lehrstellen. ,,Die Großen fressen die Kleinen" — das ist ein Gesetz des Kapitalismus, und so werden auch in den nächsten Jahren viele kleinere und mittlere Betriebe dicht machen, und die Zahl der angebotenen Lehrstellen wird weiter zurückgehen. Die Großbetriebe aber werden die Zahl der Ausbildungsplätze keineswegs erhöhen, sondern eher weiter einschränken. Um ihre Profite zu steigern, treiben die Kapitalisten die Rationalisierung voran. Ein Ergebnis dieser Rationalisierung ist, daß der Anteil der zur Produktion benötigten Facharbeiter sinkt und der der ungelernten Arbeiter steigt, weil letztere billiger für die Kapitalisten sind. Während so die Zahl der Lehrstellen weiter zurückgehen wird, wird die Zahl der Schulabgänger in den kommenden Jahren ständig steigen. So werden bis 1980 jährlich über 100000 Jugendliche mehr die Schule verlassen als 1975. Angesichts dieser Lage müssen selbst bürgerliche Politiker wie die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher zugeben, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf über 1 Million ansteigen wird.

Die wachsende Jugendarbeitslosigkeit ist weder eine zufällige, noch eine vorübergehende Erscheinung. Sie ist eine empörende, aber auch zwangsläufige Folge der kapitalistischen Ausbeuterordnung, in der die Arbeitskraft als Ware nach Mark und Pfennig gehandelt wird. Die Jugendlichen liegen auf der Straße, weil eine gründliche Berufsausbildung für sie den Kapitalisten und ihrem Staat zu teuer und für die kapitalistische Produktion nicht notwendig ist. Weil aber ihre Körperkraft noch nicht voll entwickelt ist und weil sie noch unerfahren sind, sind die Jugendlichen auch als ungelernte Arbeiter für die Kapitalisten nicht interessant, wenn nicht gerade großer Arbeitskräftemangel herrscht. Jugendliche können den Kapitalisten ja nicht so viel Profit erschuften wie erwachsene Arbeiter.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum die Kapitalisten nicht so viele Jugendliche in ihren Fabriken haben wollen. Die Jugend neigt zur Rebellion. Als Jugendlicher hat man das Leben noch vor sich und lehnt sich dagegen auf, daß dieses Leben in den gleichen Bahnen der Unterdrückung, Ausbeutung, des Elends verlaufen soll, wie das der Eltern. Jugendliche Arbeiter haben in der Regel noch nicht den Zwang im Nacken, für eine Familie sorgen, Raten und Mieten zahlen zu müssen, der die älteren Kollegen oft bewegt, manches runterzuschlucken, anstatt sich aufzulehnen. So hat es in den letzten Jahren zahlreiche Lehrlingsproteste gegeben, mit denen die Lehrlinge sich dagegen wehrten, daß sie — vor allem in kleineren und mittleren Betrieben — als billige Arbeitskräfte ausgenutzt wurden. Sie wehrten sich dagegen, den ganzen Tag mit Aufräumarbeiten und ähnlichem beschäftigt zu werden. Sie wollten etwas lernen und nicht von Anfang an zum reinen Handlanger abgestempelt werden. Diese Tendenz der Jugendlichen, sich gegen die Monotonie und Stumpfsinnigkeit der Arbeit unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung aufzulehnen, ist den Kapitalisten natürlich ebenso ein Dorn im Auge wie der noch ungebrochene Sinn der Jugend für Gerechtigkeit.



Die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der Partei kämpft für den Sturz des Kapitalismus, für den Sozialismus und weist der Jugend damit den einzigen Weg, Schluß zu machen mit Arbeitslosigkeit und Unterdrückung. Hier demonstriert ein Landesverband gemeinsam mit der Partei.

Fortsetzung auf Seite 3

13. Strafrechtsänderungsgesetz

Verabschiedung noch im Januar geplant

Die Verabschiedung des 13. Strafrechtsänderungsgesetzes gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt steht unmittelbar bevor. In der zweiten oder dritten Januarwoche soll es im Bundestag durchgepeitscht werden, nachdem ursprünglich geplant war, das neue Gesetz noch vor Weihnachten im Bundestag durchzubringen.

Diese kurzzeitige Verzögerung ist das Ergebnis einer Präzisierung des Gesetzes, die von der Bourgeoisie als ,,Entschärfung" präsentiert wird, in Wirklichkeit aber an seinem durch und durch reaktionären Charakter überhaupt nichts ändert. Der angebliche ,,Fortschritt" des neuen geplanten § 88a besteht gegenüber dem im ursprünglichen Entwurf vorgesehen §130a darin, daß jetzt nicht mehr generell von der ,,Befürwortung von Straftaten, Anleitung zu Straftaten" die Rede ist, sondern ,,nur" noch von der **,,verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten"**. Damit wird noch klarer, daß sich das neue Gesetz gegen den revolutionären Klassenkampf, gegen die Agitation und Propaganda von revolutionären Aktionen und Ideen im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus richtet. Noch klarer wird, daß sich das neue Gesetz gegen die marxistisch-leninistische Agitation und Propaganda richtet, gegen das Programm und die Politik unserer Partei, in deren Mittelpunkt die Agitation und Propaganda für die Unvermeidlichkeit und den Nutzen der proletarischen Revolution für das Volk steht. Jede kommunistische Zeitung, jedes kommunistische Flugblatt soll unter Strafe gestellt werden, während selbstverständlich die blutrünstigen Mordgeschichten von Springers Hetzblatt ,,Bild", seine volksfeindliche Hetze nicht angetastet werden, weil sie der Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie nützen.

Nach wie vor werden auch nach dem neuen Entwurf Aufrufe zu solchen Streiks wie dem der Fordarbeiter im Jahr 1973 oder seine Befürwortung, die Befürwortung von Hausbesetzungen, vom militanten Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken wie in Wyhl, Aktionen gegen Manöver- und Besatzerterror usw. usf. als ,,Befürwortung verfassungsfeindlicher Straftaten" verfolgt werden können.

Das neue Gesetz ist ein Schritt hin zum Faschismus, ein Generalangriff auf unser Volk, der schärfste seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Es ist deshalb notwendig, den Kampf gegen das neue geplante Gesetz mit allen Kräften weiterzuführen. Das ist auch deshalb umso notwendiger, weil die Bourgeoisie und die bürgerliche Presse nach wie vor, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, über den Inhalt des neuen Gesetz, den genauen Zeitpunkt seiner Beratung und Verabschiedung im Bundestag schweigen. Die Werktätigen sollen von dem Gesetz nichts wissen, klammheimlich soll es im Bundestag durchgepeitscht werden.

Dabei kann sich die Bundesregierung voll auf die modernen Revisionisten der D,,K"P stützen, die, abgesehen davon, daß sie ebenfalls mit kaum einem Wort den Regierungsentwurf erwähnten, darüber hinaus die Aufmerksamkeit der Werktätigen ablenken und auf den CDU/CSU-Entwurf zum ,,Schutz des Gemeinschaftsfriedens" zu richten versuchten. Selten ist so klar, wie die modernen Revisionisten der D,,K"P durch die Propagierung der ,,Theorie des Rechtskartells" der tatsächlichen Faschisierung durch den imperialistischen Staat den Weg bereiten. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das neue Gesetz der verräterischen Agitation der modernen

Fortsetzung auf Seite 2

Ehre seinem Andenken

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien teilen in einem Kommunique in tiefer Trauer mit, daß am 27. Dezember 1975 um 9.45 Uhr der Vorsitzende der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, das Mitglied der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der Partei und Erster Sekretär des Bezirksparteikomitees von Lushnja, Genosse Ilyas Reka, an einer schweren Herzkrankheit, einem akuten Herzinfarkt, gestorben ist. Zu seiner Beisetzung wurde eine Sonderkommission gebildet unter dem Vorsitz des Genossen Rita Marko, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und stellvertretendem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien.

Um des Vorsitzenden der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien in Ehren zu gedenken, beschloß das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, daß der Tag des Begräbnisses des Genossen Ilyas Reka, der 28. Dezember 1975, zum Nationaltrauertag proklamiert wird.

In einer Beileidsadresse des Zentralkomitees der KPD/ML heißt es unter anderem: ,,Der Tod des Genossen Ilyas Reka ist nicht nur für die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk, sondern für die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung ein großer Verlust. Das Zentralkomitee unserer Partei spricht der Partei der Arbeit Albaniens, der Volksversammlung der VR Albanien und dem gesamten albanischen Volk sein tiefes Beileid und Mitgefühl aus."

AUS DEM INHALT

Kossygin in der Türkei — Mittelmeer, Ziel der alten und neuen Zaren 2
August-Thyssen-Hütte: Buhrufe für den Betriebsrat 2
5%-Lohnraubabschluß gegen Bremer Hafenarbeiter 3
Das Gesundheitswesen in der VR Albanien 4
Tiefe Trauer über den Tod von Joshua Horn 4
Weg mit den Todesurteilen im Iran! 5
Zur Strafe Bunkerhaft verhängt! 5
Schikanen gegen politische Gefangene .. 5
In Portugal erschossen 5
Faksimile-Nachdruck der Jahrgänge 1967-1969 des ROTEN MORGEN erschienen 6
Castro — Vasall Moskaus 6
15. Januar 1919: Karl LiebknechtRosa Luxemburg ermordet 6
Bewaffnete Aktionen indischer Patrioten 7
Osttimor: ,,Unabhängigkeit oder Tod!" 7

Gerechter Lohn für einen US-Agenten

Athener Chef des CIA hingerichtet

Richard Welch, Chef der Organisation des US-Geheimdienstes CIA in Griechenland, wurde hingerichtet. Offiziell trat Welch in Griechenland als 1. Sekretär und Sonderberater der US-Botschaft in Athen auf. Seine eigentliche Tätigkeit als oberster CIA-Agent in Griechenland wurde enttarnt, als sein Name auf einer Liste von CIA-Agenten auftauchte, die zuerst in den Vereinigten Staaten, dann auch in der griechischen Presse veröffentlicht worden war. Der CIA war maßgeblich am faschistischen Putsch in Griechenland beteiligt. Es ist klar und mehr als verständlich, daß alle griechischen Patrioten, Antifaschisten und Revolutionäre von glühendem, gerechtem Haß gegen den US-Imperialismus und dessen Agentenbande CIA erfüllt sind.

Es ist schon empörend genug, wenn auch nicht neu, daß die US-Imperialisten genau so wie die russischen Sozialimperialisten den diplomatischen Status ihrer Botschaften mißbrauchen, um ihre Geheimdienste zu tarnen, so stellen die Äußerungen Fords nach der Hinrichtung Welchs eine neue, dreiste Provokation dar. Der US-Präsident versuchte nicht einmal, Richard Welchs Agententätigkeit in Griechenland zu leugnen, um zumindest den Schein der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu wahren. Vielmehr ordnete Ford demonstrativ an, daß Welch auf dem Nationalfriedhof Arlington beigesetzt werde, weil er ,,im Dienste des Vaterlandes gestorben" sei. Ford erklärte, die Wirksamkeit des CIA sei durch die Untersuchungen des US-Kongresses über die Tätigkeit des CIA stark beeinträchtigt worden. Dieses Untersuchungsverfahren des Kongresses war ein notwendiges Manöver gewesen, um die Empörung, die unter der Bevölkerung der USA über die innen- und außenpolitischen Machenschaften des CIA entstanden ist, zumindest teilweise zu dämpfen. Diese Kongreß-Untersuchung sollte den Anschein erwecken, der CIA werde nun unter „demokratische" Kontrolle gestellt. Immerhin wurde dabei u. a. zum ersten Mal offiziell bestätigt, daß der CIA Mordanschläge gegen ausländische Politiker verübt, Putschversuche und Putsche inszeniert hat. **Wenn Ford jetzt nach der Hinrichtung Welchs erklärt hat, es sei notwendig, den CIA neu zu organisieren, um seine Wirksamkeit zu erhöhen, dann ist das eine offene Drohung gegen die Völker.** Sie bedeutet: Die US-Imperialisten wollen verstärkt ihre Agentenbanden einsetzen, um in anderen Ländern Subversion zu betreiben, um sich durch Korruption und Erpressung bürgerliche Cliquen gefügig zu machen, um ihnen nicht genehme Regierungen zu beseitigen, um die revolutionäre Bewegung dieser Länder zu bespitzeln und zu terrorisieren. Auch in Westdeutschland treiben Tausende CIA-Agenten ihr Unwesen. Sie spionieren, hören Telephone ab, bespitzeln Antiimperialisten. Dies geschieht mit und ohne Billigung der Bonner Regierung.

Für beide Supermächte, für den US-Imperialismus wie für den russischen Sozialimperialismus, sind die Geheimdienste heute wichtige Instrumente. Sie dienen einerseits zur Unterdrückung der revolutionären Kämpfe der Völker. Andererseits sind sie eine wichtige Waffe der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft. Sie dienen dazu, in den Einflußbereich des anderen einzudringen, um den Boden für eine weitere Expansion auszuweiten. So arbeiten natürlich auch der russische Geheimdienst KGB und der DDR-Staatssicherheitsdienst verstärkt in Westdeutschland. Der Ausbau der Geheimdienste durch beide Supermächte zeigt sehr deutlich, was von den angeblich „ehrlichen" Friedens- und Entspannungsabsichten der beiden Supermächte zu halten ist.

Verabschiedung noch im Januar geplant

Fortsetzung von Seite 1

Revisionisten über den friedlichen Weg zum Sozialismus, die antimonopolistische Demokratie usw. keine Steine in den Weg legt, die revolutionäre Agitation und Propaganda dagegen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht. In dem einzigen Kommentar, den sich die modernen Revisionisten bisher genötigt sahen zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zu schreiben, verschweigen sie denn auch bewußt, daß sich das neue Gesetz gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt und den Marxismus-Leninismus richtet. Heimtückisch versuchen sie stattdessen den Eindruck zu erwecken, als ob sich das neue Gesetz nur gegen spontane Streiks, den militanten Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken usw. richtet. Darum kommen sie nicht herum. Das Heimtückische ist aber gerade, daß sie versuchen, diese Kämpfe als ,,verfassungskonform" hinzustellen, um das neue Gesetz dann ebenfalls lediglich als einen ,,Vorstoß gegen demokratische Grundrechte" hinstellen zu können und so über die Schärfe des Angriffs der Bourgeoisie hinwegzutäuschen und gegen die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes aufzutreten.

Die meisten Menschen haben von dem Gesetz zum ersten Mal durch das Extrablatt des ROTEN MORGEN erfahren, das in Hunderttausenden von Exemplaren in der ganzen Bundesrepublik verteilt worden ist. Dies, die Demonstrationen der Aktionseinheit zwischen der Partei, der GRF (KPD), der RHD und der RH e. V., die Veranstaltungen, Kundgebungen, Flugblätter und Betriebszeitungen, sind in der Bevölkerung auf großes Interesse gestoßen. Die Initiative der Verleger, Buchhändler und Kulturschaffenden zur Verhinderung der 13. Strafrechtsänderung wird inzwischen von zahlreichen Verlagen und Einzelpersönlichkeiten unterstützt. Nach einer unvollständigen Übersicht haben bis jetzt über 5000 Menschen in Betrieben, Schulen und Universitäten die Resolutionen der Partei gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz unterstützt. An der Demonstrationen der Aktionseinheit beteiligten sich fast ebenso viele Menschen. Wir haben darüber im ROTEN MORGEN berichtet. An der Fachhochschule Frankfurt haben die 150 Studenten der Vollversammlung der Fachbereiche Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Wirtschaft mit überwältigender Mehrheit eine Protestresolution gegen das neue Gesetz verabschiedet, die vom KSB/ML eingebracht worden war. Dort hat sich auch ein Komitee zum Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz gebildet.

In Wolfsburg führten die Genossen der Partei gemeinsam mit Genossen des KBW eine Veranstaltung gegen das Gesetz durch, die von 40 Genossen und Freunden besucht war. In Essen führte die Partei ebenfalls eine Veranstaltung durch, die von 40 Freunden und Genossen besucht war. Dabei wurden für die Kampagne zum Kampf gegen das Gesetz 300,20 DM gesammelt.

Am Donnerstag, Freitag und Samstag vor Weihnachten schließlich hielten die Genossen der Aktionseinheit zum Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz in drei Bremer Stadtteilen Kundgebungen ab. Obwohl die Kundgebungen angemeldet waren, versuchte die Polizei unter Einsatz von Hunden, durch Abreißen des Mikrophons der Lautsprecheranlage die Kundgebungen zu verhindern. Bei der Kundgebung in der Innenstadt drohten sie sogar mit dem Einsatz des MEK, das auch sogleich provozierend auffuhr. Die Kundgebung wurde aber trotzdem durchgeführt und stieß auf großes Interesse. Im Anschluß an die Kundgebung fand dann in der Innenstadt überraschend eine weitere Kundgebung mit anschließender kurzer, aber kämpferischer Demonstration statt. Das sofort anrückende MEK kam zu spät.

In den nächsten Tagen wird es noch einmal darauf ankommen, den Kampf gegen das neue Gesetz zu verstärken und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Werktätigen in unserem Land über diesen Generalangriff auf das ganze Volk und vor allem die revolutionäre Agitation und Propaganda aufzuklären.

Zugang zum Mittelmeer - Ziel der Alten und Neuen Zaren

Vor wenigen Tagen wurde in der Türkei, in der Stadt Iskenderun, ein Stahlwerk in Betrieb genommen, an dessen Bau die russischen Sozialimperialisten maßgeblich beteiligt sind. Aus Moskau war Kossygin eigens angereist gekommen, um die Einweihung zum Anlaß zu nehmen, über die weiteren Beziehungen zwischen der Türkei und dem russischen Sozialimperialismus zu verhandeln.

Mit einem Kredit von 700 Millionen Dollar sind die russischen Sozialimperialisten nicht nur maßgeblich am Bau dieses in der Türkei und im Mittleren Osten größten Stahlwerkes beteiligt, sondern auch am Bau einer Aluminium-Fabrik sowie an der Errichtung zweier Wärmekraftwerke. Die Bevölkerung, die über den damit verbundenen wachsenden Einfluß der Sowjetunion in der Türkei beunruhigt ist, suchte Kossygin in seiner Ansprache zu beruhigen: Wenn Moskau es wirklich auf die Türkei abgesehen hätte, sagte Kossygin, so würde es nicht zur Gründung von Stahlwerken und Erdölraffinerien beitragen, die einen weiteren Schritt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes bedeuten.



Demonstration gegen die Supermächte, die um die Vorherrschaft in der Türkei ringen.

Eine schlechte Vertuschung der Tatsachen! Was sie mit ,,weiteren Schritten zur Unabhängigkeit" meinen, ist nichts anderes, als den Einfluß des US-Imperialismus, der die Wirtschaft des Landes weitgehend beherrscht, zurückzudrängen, um schließlich dessen Nachfolge anzutreten und die eigene Vorherrschaft über die Türkei zu errichten. Nicht Unabhängigkeit, sondern das Auswechseln des Oberherren zu ihren eigenen Gunsten, das ist die Absicht, die die Sozialimperialisten mit ihren Krediten, mit ihrer ,,Hilfe" verfolgen, die sie bereits auch schon während des Zypern-Konfliktes verfolgt haben.

Man muß nur einmal nach Indien sehen, um zu erkennen, wohin die von den Neuen Zaren gerühmte ,,Hilfe" und ,,Zusammenarbeit" führt. Dort haben sie bereits einen Großteil der Schwerindustrie unter ihre Kontrolle gebracht. Die Folge davon ist für das indische Volk, daß es nicht nur von den indischen Reaktionären, von den amerikanischen und britischen Imperialisten, sondern in zunehmendem Maße auch von den russischen Sozialimperialisten ausgeplündert wird, daß auch der politische Einfluß der Neuen Zaren in Indien wächst.

Nicht anders ist das Vorgehen der Sozialimperialisten in der Türkei. Die Kremlzaren liefern nicht nur Wirtschaftskredite, sondern zugleich auch ihre berüchtigten ,,Spezialisten", die dort für die Interessen Moskaus arbeiten. Allein in dem neuen Stahlwerk in Iskenderun arbeiten 300 solcher Spezialisten. Dem entspricht ebenfalls, daß die Kremlzaren neben Dollarzinsen auch politische ,,Zinsen" für ihre Kredite verlangen. So ist es gewiß kein Zufall, daß, wie die Presse berichtet, gerade vor kurzem ein sowjetisches U-Boot als erstes seit drei Jahren den Bosperus durchquert hat, den Zugang vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer.

Wie die alten Zaren bereits diesen Zugang zum Mittelmeer begehrt haben, so tun das auch heute die Neuen Zaren für ihre Weltherrschaftspläne. In heftiger Rivalität zu den US-Imperialisten, die mit ihren militärischen Stützpunkten und ihrem wirtschaftlichen Einfluß in der Türkei die Oberherrschaft ausüben, suchen die Neuen Zaren ihrerseits, den eigenen Einfluß, die eigene Macht dort zu stärken. Dabei machen sich die russischen Sozialimperialisten zunutze, daß die Spannungen zwischen der türkischen Bourgeoisie und dem US-Imperialismus in den letzten Jahren stetig angewachsen sind. Mehr noch, der Zypernkonflikt hat gezeigt, daß sie sogar alles daran setzen, um diese Spannungen zu verschärfen, um davon zu profitieren.

Die sogenannte ,,Hilfe" der Neuen Zaren ist in der Tat gegen die Interessen des türkischen Volkes und aller Völker gerichtet. Sie dient nicht der Unabhängigkeit des Landes, sondern allein der sozialimperialistischen Supermacht, die in heftiger Rivalität mit der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, nach Weltherrschaft, nach Unterjochung der Völker der Welt giert.

Kurz berichtet

FEIERN ZUM 7. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER KPD/ML

In vielen Orten der Bundesrepublik feierten Freunde und Genossen am Sylvesterabend den 57. Jahrestag der Gründung der KPD und den 7. Jahrestag der Gründung der KPD/ML. Aus der Reihe von Veranstaltungen, die aus diesem Anlaß durchgeführt worden sind, hier eine kleine Auswahl. Überall begrüßten die Genossen das neue Jahr mit dem Gesang der Internationale.

In **Duisburg** feierten ca. 45 Freunde, Sympathisanten und Genossen den Jahrestag der Partei. Die Grußadresse des Zentralkomitees der Partei wurde in Auszügen verlesen. Es wurden viele revolutionäre Lieder gesungen und einige Genossen trugen Gedichte vor. Zugunsten der Prozesse gegen den ROTEN MORGEN veranstalteten die Genossen der Ortsgruppe der Roten Hilfe Deutschlands eine Verlosung, bei der 150 DM zusammenkamen. Bei einer Tombola für den ROTEN MORGEN wurden noch einmal 110 DM gesammelt.

In **Bremen** waren ungefähr 70 Freunde und Genossen zusammengekommen, um den Jahrestag der Partei zu feiern. Genossen der Roten Garde führten einen Sketch über den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr auf und der Agitproptrupp der Partei ,,Rote Reporter" begeisterte mit einem kurzen Stück zum Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz. Ein Höhepunkt des Abends war die Tombola. Der Erlös von 270 DM geht als Spende an den ROTEN MORGEN. Die Stimmung steigerte sich noch, als später ein Album zu Ehren der ermordeten spanischen Genossen versteigert wurde. Dabei kamen 1042,50 DM zusammen, die als Spende an die Partei gehen.

Auch in **Frankfurt** hatten sich 140 Freunde und Genossen versammelt. Gleich zu Beginn unterhielt ein Sympathisant die anwesenden Freunde und Genossen durch einige Zauberkunststücke, für die er viel Beifall erhielt. Besonders die Erinnerung an die Demonstration zum Roten Antikriegstag in Frankfurt und den anschliessenden Kongreß der Roten Garde in Offenbach, die im Mittelpunkt der Parteirede standen, rief noch einmal große Begeisterung hervor. Eine Tombola, die Versteigerung eines Ölgemäldes, das Karl Marx darstellt, und die Spende einer Sympathisantenzelle von 1600 DM ließen 2040 DM zusammenkommen, die jeweils zu gleichen Teilen für die politischen Verfolgten und die Einrichtung eines Buchladens verwendet werden. Kurz vor 24 Uhr wurde die Grußadresse, die Genosse Schorsch Schmidt aus dem Gefängnis geschickt hatte, verlesen, und ein von ihm selbst verfaßtes Gedicht vorgetragen.

In **Dortmund** hörten ca. 120 Genossen und Freunde aus Bochum und Dortmund zu Beginn der Veranstaltung die Grußadresse des ZK der Partei. In dem anschliessenden Programm rief besonders das Agitpropstück, das von den Genossen der Roten Garde aufgeführt wurde, Begeisterung hervor. Höhepunkt des Abends war die Vorführung des kambodschanischen Films ,,Heroisches Volk". Ein Genosse der Föderation Iranischer Studenten grüßte die Veranstaltung und gab gleichzeitig die Todesurteile für zehn iranische Genossen bekannt. Bei einer Spendensammlung für die Partei kamen über 700 DM zusammen. Der Erlös der Tombola ging als Spende an die RHD.

Den Abonnements liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Thyssen-Belegschaftsversammlung

Pfiffe und Buh-Rufe gegen den Betriebsrat

Im Dezember fand auf der August-Thyssen-Hütte (ATH) in Duisburg die erste Belegschaftsversammlung nach dem 5%-Lohnraubabschluß statt. Die Stahltarifrunde war ein wichtiger Punkt auf der Versammlung. Immerhin hatten 6000 Kollegen noch einen Tag vor dem Abschluß für höhere Löhne gestreikt und die Hauptstraße vor Tor 1 blockiert, wobei ihr Kampf vom Gewerkschaftsapparat und den D„K"P-Verrätern sabotiert wurde.

Jetzt auf der Belegschaftsversammlung versuchte der Betriebsratsvorsitzende Weihs den Lohnraubabschluß noch als Erfolg für die Arbeiter hinzustellen und die klassenversöhnlerische Politik der „Rücksichtnahme auf die Lage der Kapitalisten" zu rechtfertigen.

Gegen diese Politik trat ein Genosse auf und hielt eine Rede, die breite Unterstützung bei seinen Kollegen fand. Während er spricht, wird er vom Beifall der Kollegen unterbrochen. Er weist noch einmal nach, daß der Tarifabschluß Lohnraub bedeutet und greift Theorien an, wie sie von der D„K"P und vom Gewerkschaftsapparat vertreten werden, wie „die Unternehmer sollten mehr investieren um Arbeitsplätze zu schaffen." Dabei enthüllt er auch, daß ATH 3000 Arbeiter entlassen will.

Als er über Konsequenzen, die aus der Stahltarifrunde zu ziehen sind, spricht, und dabei die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat betont, hören die Kollegen aufmerksam zu. Entgegen früheren Versammlungen pfeift kein einziger. Der Betriebsrat, der nervös auf seinem Stuhl hin und her rutscht, wagt nicht, die Rede zu unterbrechen, wie er es sonst getan hat, weil die Kollegen zum Ausdruck bringen, daß sie die Rede hören wollen und damit einverstanden sind.

Am Schluß der Rede, nachdem er noch auf das 13. Strafrechtsänderungsgesetz eingegangen ist, erhält er viel Beifall, einzelne Kollegen rufen „bravo". Der Betriebsrat springt auf, ergreift das Mikrofon und sagt: „Wir danken Dir sehr für Deinen ausführlichen Vortrag, aber in Zukunft wird es Dir nicht gelingen, diese Versammlung in ein politisches Forum umzufunktionieren." Kollegen antworteten mit Pfiffen und Buh-Rufen. Nur einige V-Leute und Betriebsräte aus den ersten Reihen klatschen.

Nachdem keine weitere Wortmeldung kommt, geht der Betriebsrat auf die Redebeiträge ein. Am längsten auf die Rede des Genossen. Dabei ist er gezwungen zuzugeben, daß das, was der Genosse gesagt hat, den Interessen der Arbeiter entspricht. „Kollege R., was Du hier wieder gesagt hast, findet sicher bei den meisten Kollegen großen Anklang. Aber ich sage Dir, solange wir hier in diesem freiheitlichen Rechtsstaat leben, kann es nur die Gewerkschaft sein, die immer und überall die Rechte der Arbeitnehmer vertritt, und zwar auf der Basis der freien Marktwirtschaft. Auf die Dauer wird es Dir nicht gelingen, die Kollegen für Deine Utopien und politischen Vorstellungen zu gewinnen." In diesem Tenor ging es weiter. Am Anfang klatschten noch einige, aber nach der Stelle mit dem „freiheitlichen Rechtsstaat" und den Gewerkschaften klatschte genau noch einer, ansonsten wurde gepfiffen und „Pfui" gerufen bis er fertig war.

Das war ein Erfolg. Der Betriebsrat wurde in die Defensive gedrängt, die Kollegen unterstützten die Politik des revolutionären Klassenkampfes gegen die klassenversöhnlerische Politik des Gewerkschaftsapparates.

Zukunft der Jugend im Kapitalismus

Nach der Schule arbeitslos!

Fortsetzung von Seite 1

Diese Eigenschaft der Jugend, sich nicht einfach mit den Gegebenheiten abzufinden und zu resignieren, sondern sich dagegen aufzulehnen, bereitet den Kapitalisten und ihrer Regierung große Sorgen. Sie fürchten, daß das bereits jetzt nach Hunderttausenden zählende Heer arbeitsloser Jugendlicher sich die dauernde Erniedrigung auf den Arbeitsämtern, diesen modernen Sklavenhandel, nicht bieten lassen wird. Sie fürchten, daß die Empörung und der Haß der Jugend sich schließlich nicht mehr auf einzelne Ungerechtigkeiten und Schweinereien beschränkt, sondern daß die Jugend zum revolutionären Kampf gegen dieses System und diesen Staat, die sie ihre grenzenlose Menschenverachtung spüren lassen, übergeht. **Das ist der Weg, für den unsere Partei und ihre Jugendorganisation, die ROTE GARDE, die Jugend gewinnen will: Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die sozialistische Revolution, Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Jugend ihre ganze schöpferische Fähigkeit und Energie entfalten kann.**

Das ist es, was die Kapitalisten fürchten. So stellt das Institut der deutschen Wirtschaft besorgt fest: „Eine Dauerarbeitslosigkeit dieser Problemgruppe (gemeint ist die Jugend — RM) könnte ernst zu nehmende Folgen für die Gesellschaft haben." Darum bemühen sich die Kapitalisten und ihre Regierung mit verschiedenen Methoden darum, die Jugend bei der Stange zu halten.

So nutzen sie die Arbeitslosigkeit und die Aussichtslosigkeit vieler Jugendlicher, eine Berufsausbildung zu bekommen, aus, um sie zur Bundeswehr, zum Bundesgrenzschutz oder zur Polizei zu locken. Sie machen große Versprechungen, daß man gleich Geld verdient, daß man eine Berufsausbildung beim Bund machen kann usw. Die Kehrseite der Medaille aber heißt nicht nur Drill, Schikane, Kasernenleben. Sie heißt vor allem, daß man darauf vorbereitet wird, für den Schutz der Interessen der Kapitalisten das Feuer auf die Arbeiterklasse und die revolutionäre Jugend zu eröffnen, wenn die Kapitalisten ihre Herrschaft bedroht sehen. Sie heißt auch Vorbereitung darauf, in einem neuen imperialistischen Krieg für die Interessen der Imperialisten zu verbluten.

Ein anderes Mittel der Kapitalisten, um die Jugend vom revolutionären Kampf abzuhalten ist die Pop-Ideologie. Sie soll die Köpfe der Jugend vernebeln, soll ihr einreden, daß Freiheit und Glück ohnehin das genaue Gegenteil von Arbeit sind und nur in der auf Pop und Hasch gegründeten Welt der Träumerei und des Rausches zu finden sind. Wer sich in solche Wahnvorstellungen hineinreihen läßt, ist natürlich für die Kapitalisten keine Gefahr mehr. Im Gegenteil: das gibt den Kapitalisten sogar noch die Möglichkeit, gegen die Jugend zu hetzen und zu behaupten, die Jugendlichen wollten gar nicht arbeiten.

Aber die Kapitalisten wissen, daß diese Mittel höchstens vorübergehend verhindern können, daß die Jugendlichen erkennen, daß nur die Erkämpfung des Sozialismus ihre Lage grundlegend ändern kann. **Dort, wo die Jugend den Kampf für den Sozialismus aufnimmt, hat sie deshalb eine besondere Feuerwehr hinbeordert, die „Sozialistische" deutsche Arbeiterjugend („S"DAJ), die Jugendorganisation der modernen Revisionisten der D„K"P. Sie hat die Aufgabe, die Jugend vom revolutionären Kampf abzuhalten, indem sie ihr erklärt, der Sozialismus könne auch auf friedlichem, parlamentarischem Weg erreicht werden, ohne daß man den kapitalistischen Staat durch die gewaltsame Revolution zerschlägt. Und auf diesen Betrug sind auch ihre Parolen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ausgerichtet.** Sie fordern, daß der Staat mehr Ausbildungsplätze schaffen soll, daß er die Kapitalisten zwingen soll, mehr Lehrlinge einzustellen. Das hört sich erst einmal ganz vernünftig an. Aber wessen Interessen vertritt denn dieser Staat, von dem die Jugend sich eine Änderung ihrer Lage erhoffen soll, der die Kapitalisten zwingen soll, an die Jugend zu denken? Vertritt er nicht gerade die Interessen der Kapitalisten, ist er nicht ihr Instrument? Es ist kein Irrtum der Kapitalisten und ihrer Regierung, wenn sie immer mehr Jugendliche ins Arbeitslosenelend stoßen, sondern es entspricht den Interessen der Kapitalisten, die nur auf ihren Profit und ihre Macht aus sind. Es ist völlig illusorisch zu glauben, man könnte die Kapitalisten durch ein bißchen Druck von unten davon überzeugen, daß sie auf das Schicksal Hunderttausender Jugendlicher Rücksicht nehmen müssen. **Man kann ihnen nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution die Macht aus den Händen schlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, in Deutschland errichten.** Dann wird die Jugend ihren Platz an der vordersten Front des sozialistischen Aufbaus einnehmen. Dann steht ihr die Zukunft offen.

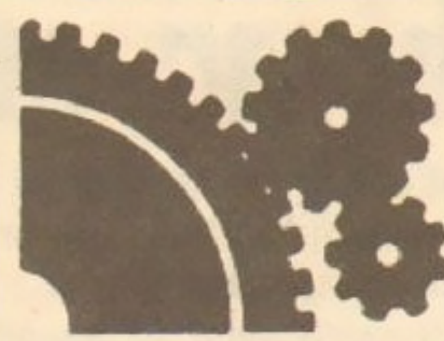
ÖTV: 5%-Lohnraubabschluß gegen Bremer Hafenarbeiter

In der Nacht vom 23. zum 24. 12. haben die ÖTV-Bonzen mit den Hafenkapitalisten den Lohnraubabschluß von 5% gegen die Bremer Hafenarbeiter durchgesetzt. Kein Kollege wußte davon. In der Zeitung stand lediglich eine kurze Notiz.

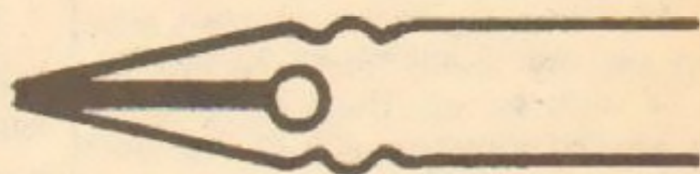
Den Zeitpunkt haben sie sich natürlich bewußt ausgewählt, denn zu der Zeit ist kaum ein Kollege im Hafen. Dieses Vorgehen zeigt, wie der ÖTV-Apparat den ganzen Tarifbetrug von Anfang an geplant hat und versucht ihn mit hinterhältigen Methoden gemeinsam mit den Kapitalisten durchzusetzen.

Hier zeigt sich auch, wie der ÖTV-Apparat als Instrument der Hafenkapitalisten und des Senats arbeitet. Gewerkschaftsbosse wie Brinkmann wandern vom Betriebsratsvorsitzenden direkt entweder in die Geschäftsleitung der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG), die zu 50% dem Senat gehört, oder direkt in den Senat. Koschnik, der ÖTV-Mitglied ist, ist gleichzeitig Vorsitzender der BLG im Aufsichtsrat. Oder Walter Dubiel, der jahrelang Betriebsratsvorsitzender der BLG war, mußte nach dem Streik 1973 abtreten und wurde plötzlich Schuppenmeister. Der ÖTV-Apparat samt Senat und SPD sind sich einig gegen die Hafenarbeiter.

Deutlich zeigt das Vorgehen des ÖTV-Apparates aber auch die Furcht, daß sich die Kollegen zur Wehr setzen könnten.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Russische Arbeitskräfte bei Olympia

Von Bekannten habe ich erfahren, daß bei Olympia/Wilhelmshaven schon seit längerer Zeit russische Arbeiter und Ingenieure in die Produktion eingewiesen werden, weil wohl die Kapitalisten planen, einen Teil der Produktion in die UdSSR zu verlegen.

Die Kapitalisten hatten schon vor einiger Zeit eine Niederlassung in Großbritannien gehabt. Die englischen Arbeiter haben sich die verschärfte Ausbeutung nicht gefallen lassen und haben gestreikt. Weil die Kapitalisten ihre Profite nicht aufgeben wollten, gaben sie ihren Plan in England auf. Von dem Kampf der englischen Arbeiter hat hier kaum einer etwas erfahren, denn die Kapitalisten haben sehr viel Angst, daß dann dieser Funken auf die deutschen Arbeiter überspringen würde. Die Kapitalisten glauben bestimmt, daß ihre Profite unter der Herrschaft der Sozialfaschisten gesichert sind, weil die Sozialfaschisten die sowjetische Arbeiterklasse aufs blutigste unterdrücken.

Mein Onkel erzählte mir, wie es im Betrieb zugeht: Wenn der russische Ingenieur kommt, ziehen die russischen Arbeiter schnell ihren Kittel an, wie es vorgeschrieben ist. Der Ingenieur begrüßt die deutschen Arbeiter mit einem Händedruck, seine Landsleute fährt er an. Nur einem gibt er lau die Hand. — Mehrere russische Arbeiter sind schon in die UdSSR zurückgeschickt worden, weil sie häufig betrunken waren. Die russischen Arbeiter suchen einen Ausweg, aber manchmal gelingt es den Kapitalisten, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Ein russischer Arbeiter hat zu seinen deutschen Kollegen gesagt: Ich möchte gerne Kapitalist sein. So etwas hätte kein sowjetischer Arbeiter zur Zeit Lenins und Stalins gesagt, so etwas würde kein chinesischer, kein albanischer Arbeiter sagen oder denken! Auch wenn sich die Kapitalisten über solche Sprüche freuen, lange können sie sich bestimmt nicht mehr darüber freuen, und die sowjetische Arbeiterklasse wird wieder die Diktatur des Proletariats erkämpfen und die deutsche Arbeiterklasse wird auch durch die sozialistische Revolution mit dem Ausbeutertum ein Ende machen!

Rot Front! Ein Genosse

Den Kumpels platzte der Kragen

Viele von Euch haben schon einmal von Bergschäden gehört. Die entstehen z.B., wenn unter Tage die Stempel, die zur Abstützung des Gesteins in einem Flöz nach dem Abbau der Kohle dienen, wieder geraubt (abgebaut) werden, und das Hängende (die Decke) mit der Zeit nachbricht. Das Nachbrechen geschieht normalerweise kontrolliert, und [redacted] dabei nichts passieren. Wenn nun aber das Hängende nicht sofort herunterkommt und immer mehr Stempel geraubt werden, entsteht ein zu großes „Loch", der Druck nimmer immer mehr zu und die Massen von Gestein, die dann herunterbrechen, sind nicht mehr unter Kontrolle zu halten. Für die Kumpels wird es lebensgefährlich im Streb. Das Ganze nennt man einen Bruch.

Solche Brüche kommen häufiger bei uns auf der Zeche Gneisenau vor. Vor kurzem wurde ein Kumpel durch die Gesteinsmassen, die sich bis in die Stempelreihen drükken, wo die Kumpels noch arbeiten, schwer verletzt. Die Stempel, die aus Stahl sind, werden von dem enormen Druck geknickt wie Streichhölzer. Damit ein solcher Bruch nicht weitergehen kann, werden zur Verstärkung zu den Stempeln noch Pfeiler aus Holz gesetzt.

Vor kurzem kam es auch bei uns wieder zu solch einem Bruch, im Flöz Mausegatt. Eine Kolonne von 13 Kumpels sollte solche Pfeiler setzen. Der Bruch war 130 Meter weit im Streb. Zuerst konnte man fast stehen, aber je weiter es in den Streb ging, desto enger wurde es. Stellenweise betrug die Höhe nur noch 50 cm, so daß die Kumpels gebückt, auf Knien rutschend oder liegend arbeiten mußten. Das war Schwerstarbeit unter Lebensgefahr für die Kumpels, denn der Bruch konnte ja weitergehen.

Die Gesteinsmassen hatten auch den Panzer, das ist das Kettenfördermittel, stillgelegt, so daß die Stegen für die Pfeiler und andere Teile von den Kumpels 130 Meter weit selbst befördert werden mußten, und das bei einer Arbeitshöhe von teilweise 50 cm. Das Gewicht von den Stegen (Holzballen) betrug ca. 30 kg. Es wurde also eine Kette gebildet und Stück für Stück dem Vormann zugeworfen. Zigmal mußte die Kette der Kumpels umgesetzt werden. Durch den Bruch war auch die Wetterführung (Frischluftzufuhr) unterbrochen, so daß es unerträglich heiß wurde.

Den Kumpels platzte der Kragen über die lebensgefährliche Knochenarbeit. Sie verlangten vom Steiger einen Schein für 7 Stunden. (Wenn es unter Tage über 28° C heiß ist, wird die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt). Der Steiger, dieser Antreiber, der selbst keinen Handschlag tut, verweigerte den Schein und trieb die Kollegen noch mehr an. Dagegen wehrten sich die Kumpels. Sie setzten sich einfach hin und hörten auf zu arbeiten. Der Steiger kam, schnauzte die Arbeiter an: „Was, schon wieder seid ihr euch nicht einig?" Ein Kumpel entgegnete darauf: „Natürlich sind wir uns einig, das siehst du ja, wir sitzen doch alle." Die Kumpels kümmerten sich nicht mehr um das Gemecker vom Steiger, sie arbeiteten bewußt langsam, machten Pause, wann sie es wollten. Ein Kumpel meinte zum Steiger, er solle lieber mitarbeiten, als hier herumzulabern. Aber ein Steiger hat das nicht nötig, er bekommt sein Geld ja, um die Kumpels anzutreiben.

Als die Kumpels ganz in der Nähe vom Bruch waren und immer mehr Stempel umgeknickt und von den Steinmassen eingeschlossen waren, z.T. keine Kappen mehr hingen, setzten sich die Kumpels wieder hin und streikten. Der Steiger tobte, doch die Kollegen krochen keinen Schritt weiter. Der Steiger versuchte die Kollegen untereinander zu spalten. Mit zwei Kollegen ging der Steiger zum Bruch, um die Lage zu untersuchen. Die Kumpels erklärten, nachdem sie zurückgekehrt waren, daß sie nicht unter dieser Gefahr arbeiten würden.

Der Steiger redete wie ein Buch auf die Kumpels ein. Es gelang ihm damit auch, drei der Kollegen aus der Front herauszubrechen, die dann die Pfeiler setzten, aber der größte Teil der Kollegen blieb dabei, unter diesen Bedingungen keinen Handschlag zu machen, und das war ein Erfolg.

Rot Front!

Ein Genosse von Zeche Gneisenau.

„Ich weiß auch einen Witz"

Ein Genosse erzählte mir folgende Begebenheit aus einem Nordenhammer Betrieb, in dem ein Roter Betriebsrat von 28% der Kollegen gewählt worden war: „Auf einer Betriebsversammlung ging ein Arschkriecher einmal nach vorn, um sich bei der Geschäftsleitung anzubiedern und erzählte folgenden ‚Witz': Was haben Herr so und so aus der Geschäftsleitung und Klosterfrau Melissengeist gemeinsam? Nie waren sie so wertvoll wie heute! — Eisiges Schweigen bei den Kollegen. Daraufhin geht ein Kollege, der noch nie dort aufgetreten war nach vorn und sagt: Ich weiß auch einen Witz. Die Geschäftsleitung hat unseren roten Betriebsrat, den Kollegen C. gefressen. Als der nun in den Bauch des Kapitalisten kommt, sieht er den Arschkriecher dort, der vorhin den Witz erzählte und fragt ihn: Wie kommst Du denn hier rein? Ich dachte, Dich würden sie nicht fressen. Antwort des Arschkriechers: Stimmt! Ich komme ja auch von hinten rein. Da war es dann allerdings aus mit dem Schweigen der Kollegen."

Ein Genosse aus Bremen

Revisionistisches

WACHSENDEKRIMINALITÄT

In den revisionistischen Ländern erhöht sich die Zahl der Verbrechen und der Trunk- und Rauschgiftsüchtigen ständig. Die revisionistische Presse sieht sioh genötig zuzugeben, daß es gefährlich ist, sich nachts auf die Straßen der Städte zu wagen. Die Diebe und die verschiedenen Banditen sind mit Schußwaffen ausgerüstet, die sie leicht bei der Hand haben, wenn sich ihre Opfer weigern, ihre Taschen oder Wohnungen zu leeren.

Die sowjetrevisionistische Zeitung ,,Prawda" schrieb unlängst, daß man überall in der Sowjetunion auf Rowdy-Akte stößt, und die polnische revisionistische Zeitung ,,Trybuna Ludu" gab zu, daß 1974 in Polen 30000 Jugendliche rauschgiftsüchtig waren. Das ungarische Blättchen ,,Magyar Hirlap" erwähnt, daß 65% der Schüler der städtischen Randbezirke alkoholische Getränke zu sich nehmen. 60% der Morde und Rowdy-Akte in der Sowjetunion werden von betrunkenen und rauschgiftsüchtigen Leuten begangen. Auch in der Tschechoslowakei hat sich die Kriminalität weit ausgebreitet. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden in den Zügen auf der Olmützer Strecke 659 Vorhänge, 373 Bilder und 862 Stühle gestohlen.

Hauptmerkmal der Kriminalität in den revisionistischen Ländern ist, daß der Großteil der Verbrechen von Jugendlichen begangen wird. So werden in der Sowjetunion 90% der Verbrechen von Jugendlichen begangen. In der Tschechoslowakei wurden 60% der Verbrechen von sehr jungen Menschen begangen. In der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei findet man Banden arbeitsloser Jugendlicher, die auf den Straßen herumlungern und mit ihren Banditenakten und Diebstählen die Bevölkerung terrorisieren. Die starke Verbreitung der Kriminalität in den revisionistischen Ländern ist zu einer folgenschweren, gesellschaftlichen Plage geworden. Die breiten werktätigen Massen sind darüber äußerst besorgt. (. . .).

Unter diesen Umständen bemühen sich die revisionistischen Spitzen, diese Lage irgendwie zu erklären. Ihren Kriminologen und Psychologen zufolge, muß man die Ursachen der Kriminalität in den subjektiven psychologischen Eigenschaften des Verbrechers, in seinem Temperament und Charakter, in der Natur des Menschen suchen usw. usf. Durch diese Theorien soll die Kriminalität so hingestellt werden, als ob sie nichts mit dem gesellschaftlichen System zu tun habe, sondern lediglich eine individuelle Eigenschaft von Personen ist, die dazu neigen. Deshalb fällt die Hauptverantwortung für die starke Verbreitung der Verbrechen laut den Revisionisten nur einigen gewissenlosen, betrunkenen und unzurechnungsfähigen Menschen zu.

Solche Erklärungen aber, die die gesellschaftlichen Plagen vom machthabenden politischen System lösen, die also die revisionistischen Cliquen in Schutz nehmen, sind zutiefst reaktionär. Als gesellschaftliche Erscheinung ist die Kriminalität in Wirklichkeit eine Ausgeburt der Gesellschaft mit antagonistischen Klassen, der Herrschaft des Privateigentums, der Beziehungen der Ausbeutung und Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, der gesamten Entartung, Zersetzung und Korruption des Lebens in den Ausbeutergesellschaftsordnungen. Die Verbreitung der Kriminalität ist natürlich aufs engste mit der Schaffung eines für sie günstigen Bodens verbunden. Die moralische Entartung ist es, die der Kriminalität den Weg ebnet.

Die Entartung der moralischen Gestalt des Menschen bildet die Grundlage für die Verbreitung der Kriminalität. Die neue Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern bemüht sich stets mit dem großen Arsenal der Propagandamittel, über das sie verfügt, die Massen zu verwirren, ihre revolutionäre Wachsamkeit abzuschwächen, sie apolitisch und gleichgültig zu machen, um die Klassenunterdrückung im Inneren zu tarnen und der kapitalistischen Entwicklung neue Pfade zu öffnen. Die Propaganda der Revisionisten soll die Massen und vor allem die Jugend bearbeiten, ihnen die bürgerliche Ideologie einimpfen, die Aufmerksamkeit des Volkes von den politischen Ereignissen ablenken und es in ein zügelloses und abenteuerliches Leben stoßen. Solange die verräterischen Revisionisten-Cliquen an der Macht sind, wird auch die Kriminalität ihr ständiger Begleiter sein, eine typische Erscheinung ihres Lebens und ihrer Welt, eine unheilbare Wunde der zügellosen ideologischen, politischen und moralischen Entartung ihrer Gesellschaft.

(Eine Sendung von Radio Tirana).

Gesundheitsschutz in Albanien

Die Vorbeugung steht an erster Stelle

In Gelsenkirchen, Wattenscheid und Herne ist eine Diphterie-Epedemie ausgebrochen. Bis jetzt sind zwei Kinder gestorben und 11 weitere erkrankt. Die Gesundheitsämter wollen den Eltern die Schuld zuschieben. Sie hätten sich nicht genügend darum gekümmert, daß ihre Kinder geimpft werden. Tatsache ist, daß der Staat selbst den Impfschutz der Bevölkerung untergräbt, daß z. B. im letzten Jahr die Pflichtimpfung gegen die Pocken aufgehoben wurde. Offiziell heißt es, die Pocken seien ausgerottet und das Risiko einer Impfung sei größer als das Risiko einer Erkrankung. Jahrelang hat es auch geheißen, die Diphterie sei ausgerottet. Wenn jetzt wieder Kinder an Diphterie sterben, dann liegt das nicht an den Eltern, sondern zeigt, daß die medizinische Versorgung sich nicht verbessert, sondern im Verhältnis zu früheren Jahren verschlechtert hat. So wurden allein in NRW 79 Krankenhäuser geschlossen bzw. ihre Schließung ist geplant. Die allgemeine Verschlechterung der medizinischen Versorgung bei uns führt dazu, daß in Westdeutschland die durchschnittliche Lebenserwartung sinkt und die Säuglingssterblichkeit steigt. Im sozialistischen Albanien dagegen wird die medizinische Versorgung der Bevölkerung ständig verbessert. Das folgende Interview mit dem Genossen Kleo Mio, dem stellvertretenden albanischen Gesundheitsminister, gibt einen Überblick über die großen Erfolge, die das albanische Volk während des letzten Fünfjahrplanes von 1971-1975 auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes erzielt hat. Das Interview wurde im deutschsprachigen Programm von Radio Tirana gesendet.

»Der Gesundheitsschutz des Volkes«, sagt der stellvertretende Minister, »steht stets im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei und der Volksmacht. Dank dieser Sorge und der unermüdlichen Arbeit der Werktätigen des Gesundheitswesens wurden im 5. Fünfjahrplan gute Ergebnisse beim Gesundheitsschutz des Volkes erreicht. Durch die ergriffenen Vorbeuge- und Hygienemaßnahmen wurde der vorbeugende Charakter des Gesundheitswesens noch mehr verstärkt, der eines der Hauptmerkmale des Gesundheitsdienstes in Albanien ist.

Dank der Vorbeugemaßnahmen ist die VR Albanien bis jetzt von gefährlichen Krankheiten, wie der Cholera und den Pocken, die in den letzten Jahren in den Nachbarländern auftraten, verschont geblieben. Es werden regelmäßige Impfungen der Bevölkerung mit im Land produziertem Masern-Impfstoff durchgeführt, und weitere Maßnahmen ergriffen, damit diese Epidemien nicht entstehen können. Seit der Ausrottung der Malaria und Syphilis schon in den ersten Jahren nach der Befreiung sind heute auch einige andere Krankheiten wie die Diphterie, Kinderlähmung und andere fast vollständig verschwunden. In Albanien stellen die Geschlechtskrankheiten überhaupt kein Problem dar, während die Tuberkulose beträchtlich zurückgegangen ist.



Von Geburt an erhalten die Menschen in Albanien die beste medizinische Versorgung. Seuchen, Epidemien sind ausgerottet, gefährliche Krankheiten fast vollständig verschwunden.

Im 5. Fünfjahrplan wurde das Netz der Gesundheitseinrichtungen in der Stadt und auf dem Land weiter ausgedehnt. Mit staatlichen Mitteln wurde eine Anzahl neuer Krankenhäuser errichtet und mehrere bestehende Krankenhäuser erweitert.

Im allgemeinen hat sich das wissenschaftliche Niveau der ärztlichen Betreuung erhöht. Neue Fachrichtungen in der allgemeinen Medizin, der Kinderheilkunde, der Chirurgie, der Geburtshilfe und Frauenheilkunde usw. wurden erschlossen. In der letzten Zeit wurde auch das Institut für Volksheilkunde eingerichtet. Dort wurde damit begonnen, die reiche und uralte Erfahrung des albanischen Volkes in der Heilung von Krankheiten zu studieren und auf wissenschaftliche Grundlagen zu stellen.

Eine große Arbeit wurde in diesem Fünfjahrplan besonders dafür geleistet, den Gesundheitsdienst im albanischen Dorf zu erweitern und weiter zu verbessern. In jedem Dorf wurden Ambulanzen eröffnet, in jeder zusammengelegten Landwirtschaftlichen Genossenschaft gibt es heute Gesundheitszentren, die aus einer Ambulanz mit einem Arzt, einem Dienst für Mutter und Kind, dem zahnärztlichen und Apothekendienst bestehen. In etwa 90 ziemlich hoch und weit abgelegenen Zonen wurden Gebietskrankenhäuser eröffnet. Heute erhält der Genossenschaftsbauer erste ärztliche Hilfe auf dem Dorf und kann auch in den Gesundheitseinrichtungen des Dorfes geheilt werden, was nicht ausschließt, daß er in die Gesundheitseinrichtungen der Städte überwiesen wird, wenn es notwendig ist. Im sozialistischen Albanien ist der Gesundheitsdienst, Arztbesuch, Krankenhausaufenthalt und Behandlung kostenlos für alle. Infolge der ständigen Erweiterung des Netzes der Gesundheitseinrichtungen in den Jahren des 5. Fünfjahrplans wurde erreicht, daß es heute in Albanien etwa sechsmal mehr Gesundheitseinrichtungen mit der Möglichkeit einer klinischen Behandlung gibt als 1960, während die Zahl der Ambulanzen um viermal größer ist. Besonders wurde das Netz der Gesundheitseinrichtungen für Mutter und Kind erweitert. Heute gibt es allein in einem kleinen Bezirk Albaniens wie dem von Pogradec neunmal mehr Betten in den Entbindungsheimen, als es 1938 in solchen Einrichtungen in ganz Albanien gab. Praktisch alle Entbindungen finden mit ärztlicher Hilfe statt. Die Gesundheitseinrichtungen in der Stadt wie auf dem Land sind mit dem notwendigen Personal versehen. In den Jahren des 5. Fünfjahrplans wurden von der medizinischen Fakultät der Universität Tirana zehnmal mehr Ärzte und Zahnärzte ausgebildet, als ganz Albanien 1938 überhaupt hatte. Heute hat allein ein Bezirk Albaniens wie der von Vlora mehr Ärzte als Albanien vor der Befreiung. Sehr hat sich in diesem Fünfjahrplan die Zahl der medizinischen Kader auf dem Land erhöht. In der letzten Zeit sind eine Anzahl Kader der Gesundheitseinrichtungen der Städte, die als Revolutionäre handelten, zu den Gesundheitseinrichtungen der Dörfer gegangen, um dort zu arbeiten. Dank der im 5. Fünfjahrplan und allgemein in den 31 Jahren des sozialistischen Aufbaus erzielten Erfolge beim Gesundheitsschutz des Volkes sowie dank der ständigen Hebung des Lebensniveaus des Volkes wurde erreicht, daß Albanien eine der positivsten Kennziffern im Bevölkerungszuwachs hat. Albanien ist das Land mit dem höchsten natürlichen Bevölkerungszuwachs in Europa. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich im Vergleich mit vor dem Krieg verdoppelt und hat gegenüber 38 Jahren 1938 69 Jahre heute erreicht.«

Genosse Joshua Horn gestorben

Am 17. Dezember 1975 verstarb der britische Genosse und Arzt Joshua Horn nach langer Krankheit im Alter von 61 Jahren in Peking. Genosse Horn war auf die Einladung der Chinesischen Medizinischen Gesellschaft hin nach China gekommen. Dort wurde er krank und wurde im Krankenhaus mehrere Monate von den chinesischen Genossen aufopferungsvoll gepflegt. Die Nachrichtenagentur, „Neues China" meldete seinen Tod am 27. 12. 75. In der Meldung heißt es unter anderem:

Genosse Joshua Horn war Mitglied der Britischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten. Er arbeitete lange Zeit im Neuen China und diente der sozialistischen Revolution und dem Aufbau des Sozialismus. Er liebte das Neue China und war ein guter Freund des chinesischen Volkes. Am 25. Dezember wurde in der Halle des Papaoshan Friedhofes für Revolutionäre eine Gedenkfeier für Genossen Joshua Horn abgehalten. Liu Hsiang-ping, Gesundheitsminister, und Wang Ping-nan, Präsident der Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit anderen Ländern schickten Kränze. Unter den mehr als 100 Menschen, die der Trauerfeier beiwohnten, waren unter anderem der stellvertretende Minister für Volksgesundheit sowie weitere Vertreter des chinesischen Staates und eines Pekinger Krankenhauses und die Familie des verstorbenen Genossen."

Genosse Joshua Horn hat auch in Deutschland als Marxist-Leninist und Arzt viele Freunde. Sein Buch ,,Arzt in China", das in viele Sprachen übersetzt wurde, ist auch bei uns von Tausenden gelesen worden. Darüber hinaus hatten viele Menschen Gelegenheit, Genossen Joshua Horn selbst zu hören, als er 1974 zu Vorträgen in die Bundesrepublik kam. Die Leser des ROTEN MORGEN werden sich darüber hinaus an das Interview über Medizin im Sozialismus erinnern, das er damals dem ROTEN MORGEN gab.

Vom Aufbau des Sozialismus

GENOSSE ENVER HOXHA SCHREIBT DEN SCHÜLERN UND LEHRERN DER QUEMAL-STAFA-MITTELSCHULE

In Tirana feierten die Schüler und Lehrer der ,,Quemal-Stafa-Mittelschule" am 13. Dezember den 50. Jahrestag der Gründung ihrer Schule. Höhepunkt der Veranstaltung war die Verlesung des Briefes, den Genosse Enver Hoxha an die Schüler und Lehrer der ,,Quemal-Stafa-Mittelschule" geschrieben hatte. In dem Brief heißt es unter anderem:

,,Die Gründung Eurer Schule, dieses glühenden patriotischen und revolutionären Zentrums, dieser machtvollen Quelle des Lichts im Herzen der Hauptstadt unseres sozialistischen Heimatlandes, war die Frucht der Beharrlichkeit der ärmsten Schichten der patriotischen und die Erziehung liebenden Bevölkerung von Tirana und die Frucht der unablässigen Anstrengungen solcher demokratischer Revolutionäre wie Avni Rustemi, Seli Ceka und anderer. Trotz ihrer finsteren Absichten konnte die reaktionäre Regierung Zogus die machtvollen Bestrebungen des Volkes nicht unterdrükken, das immer das Gewehr, aber auch das Buch in Ehren gehalten hat und das während der Jahrhunderte immer nach Licht, Kultur und sozialem Fortschritt gestrebt ist. Das verhaßte Regime der Dunkelheit hat mit allen Mitteln und auf allen Wegen versucht, diesen Funken (d.h. die Schule — RM) auszulöschen, aber das Volk verteidigte die Schule, es verteidigte sie mit aller Gewalt und schickte in sie Söhne und Töchter, die Hoffnung der Zukunft des Landes.

Eure Schule, liebe Schüler und Lehrer, hat eine glänzende Geschichte. Sie erzog die Jungen und Mädchen, die sie besuchten, in hohem patriotischen und aufrührerischem Geist gegen das Zogu-Regime und die faschistische Besatzung, und, was noch wichtiger ist, die Schule wurde ein Zentrum für die Verbreitung der kommunistischen Ideen. Eure Schule gab im Kampf für die Befreiung des Heimatlandes mehr als 70 Märtyrer. Ich bin überzeugt davon, daß ihr, so wie immer, die unsterblichen Taten des früheren Schülers, des Volkshelden Quemal Stafa, meines unvergessenen Kampfgenossen, nach dem Eure Schule benannt ist, hoch und immer höher in Ehren halten werdet.

Unsere junge Schule, die den Forderungen unserer sozialistischen Gesellschaft entspricht, verkörpert die dialektische Einheit von Erziehung, Arbeit und physischem und militärischem Training. Die wertvollen Lehren der Partei, ihre verschiedenen Richtlinien und besonders die Entscheidungen des 8. Plenums des ZK sind der Kompaß, um, wie überall, auch das Leben und die Tätigkeit unserer Schule beständig vorwärtszutreiben und zu revolutionieren. Auf der Entwicklungsstufe, auf der wir uns jetzt befinden, ist die Rolle unserer Schule noch klarer erkennbar geworden. Ohne das Studium der siegreichen Theorie des Marxismus-Leninismus, ohne die Lehren und die Erfahrungen unserer geliebten Partei, ohne Schule, ohne tiefe Kenntnisse, können wir nicht in dem Maße vorwärtsschreiten, wie es erforderlich ist. Das Volk und die Partei geben für die Erziehung alles und drücken die Überzeugung aus, daß ihr, Lehrer und Schüler, vereint wie ein Mann unablässig arbeitet und lernt und mit großem Eifer begierig die Ideologie unserer Partei, den Marxismus-Leninismus, meistert, gründlich und leidenschaftlich den Kommunismus lernt, das wissenschaftliche Niveau Eures Wissens erhöht und Eure Schule in ein Zentrum der revolutionären und klassenmäßigen Erziehung der Jugend verwandelt."

Antrag auf revolutionären Arbeitskreis

Zur Strafe Bunkerhaft verhängt

Im März 1975 hatten drei Gefangene der Strafanstalt Butzbach an die Gefängnisleitung den Antrag gestellt, einen marxistisch-leninistischen Arbeitskreis betreiben zu dürfen, an dem 10-15 Mann teilnehmen sollten. Nachdem die Gefängnisleitung diesen Antrag wegen seiner ,,grundsätzlichen Bedeutung" an den hessischen Minister weitergeleitet und über verschiedene Rückfragen versucht hatte, die politische Gesinnung verschiedener Gefangener auszuspionieren, wurde der Antrag schließlich am 13. 10. 75 abgelehnt.

Aber es blieb nicht bei der Ablehnung. Seit Anfang Dezember sitzt mindestens einer der drei Antragsteller in einer Sicherheitszelle in totaler Isolation!

In einem Brief beschreibt Peter Andrehs, der zusammen mit Ulrich Luther und Peter Grobel den Antrag gestellt hatte, seine Situation folgendermaßen:

»Ich werde jetzt einmal versuchen, den Käfig, in dem ich stecke, zu beschreiben. Also, wenn du vom Gang in die Zelle willst und die ,,normale" Eisentür aufmachst, stehst du vor einer Gittertür, die auch geschlossen ist. Rechts von der Tür ist in der Wand ein ,,Tisch" eingelassen. 2 Stahlträger, die aus der Wand herausragen, darauf 5 Bretter à ca. 20 cm geschraubt — das ist der Tisch. Neben dem Tisch, ebenfalls gleiche Bauweise, eine Sitzgelegenheit. Diese Konstruktion bringt es mit sich, daß man beim Schreiben laufend mit dem rechten Arm an die Wand stößt. Außerdem steht in dem Käfig ein an der Wand befestigter Militärspind. Vor dem Fenster noch einmal ein Gitter, hinter dem Fenster noch einmal zwei. An der hinteren Wand ein Klappbett, dann noch Waschbecken und WC. Das ist das Mobiliar. Die Zelle ist 5 Meter lang, wovon 1 Meter nicht betreten werden kann, nämlich der Zwischenraum Stahltür/Gitter. Breite knapp 3 Meter, Höhe etwas über 3 Meter. Mein täglicher Aufenthalt: 23 1/2 Stunden, eine halbe Stunde Hofgang. Begleitung 2 Uniformierte, ebenso beim wöchentlichen Baden." Zur Isolation des Genossen gehört natürlich auch, daß er den ROTEN MORGEN nicht mehr bekommt.

Die Rote Hilfe Deutschlands hat in einer Resolution energisch gegen diese brutalen Unterdrückungsmaßnahmen protestiert.

Sofortige Rückverlegung von Peter Andrehs aus dem Bunker!

Schikanen gegen politische Gefangene

Weihnachtsurlaub am 22.12. gestrichen

Weder Genossen Bernd Reisser noch Genossen Hubert Lehmann ist bisher die beantragte ,,vorzeitige" Haftentlassung gewährt worden. Ein entsprechender Antrag des Genossen Hubert wird bereits seit zwei Monaten in der Schwebe gehalten, und auch der Antrag des Genossen Bernd wurde bisher nicht entschieden.

Darüber hinaus werden die Genossen zusätzlich schikaniert. So schreibt uns Genosse Hubert:

»Am 8. Dezember wurde mir Urlaub genehmigt, vom 23. 12. bis 2. Januar. Ich freute mich natürlich sehr, daß ich Weihnachten und Sylvester mit meinen Eltern und Freunden feiern kann. Dann aber, am 22. Dezember, wurde ich zum Anstaltsleiter geholt, der mir erklärte, daß ,,neue Umstände" eingetreten seien und deshalb könne der Urlaub nicht gewährt werden. Eine konkrete Begründung gab er mir aber nicht. Er hatte nur einen Brief vor sich liegen, in dem ich einer Genossin geschrieben hatte, ich würde sie im Urlaub einmal besuchen. Daraus leitete man ab, daß ich ,,in frühere Kreise zurückkehren" wolle. Außerdem behauptet man auch, daß ich gar kein Interesse daran hätte, den Urlaub mit meiner Familie zu verbringen. Meine Eltern haben nämlich so kurz vor Weihnachten nie Zeit, deshalb wollte ich mich von Freunden aus München abholen lassen und mit ihnen gemeinsam nach Hause fahren.«

Auch die Genossen Bernd, Schorsch, Sascha und Heinz erhielten über Weihnachten keinen Urlaub. Genosse Bernd bekommt nach wie vor weder den ROTEN MORGEN noch die Rote Hilfe-Zeitung. Post, die, wie Genosse Bernd schreibt, nicht ,,privat klingt", wird zurückgehalten.

Mit all diesen Maßnahmen sollen die Genossen mürbe gemacht, die Verbindung zwischen ihnen, der Partei, der Roten Hilfe und ihren Kollegen und Freunden zerstört werden. Erfolg hatte die bürgerliche Klassenjustiz damit allerdings nicht. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist eine Karte, die Genosse Bernd zu Weihnachten erhielt. Sie war von 15 Kollegen seines ehemaligen Betriebes unterschrieben und lautete:

»Lieber Bernd Michael! Wir wünschen Dir ein frohes Weihnachtsfest! Da wir Dir kein Päckchen schicken können, haben wir in der Küche und in der Zentrale (Telephon-Zentrale) für Dich gesammelt . . ."

Unterstützt die Genossen in Haft! Schreibt ihnen ins Gefängnis!

Hier noch einmal die Adressen:

Heinz Baron, JVA Münster, Gartenstr. 26
Sascha Haschemi, JVA Stadelheim, Stadelheimerstr.
Hubert Lehmann, Aichach, JVA
Bernd Reisser, 8602 Ebrach, JVA
Hans-Georg Schmidt, 6110 Dieburg, JVA, Altstadt 25

Die Genossen bitten uns, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Portokosten für sie sehr hoch sind. Wenn den Briefen ins Gefängnis keine Briefmarken beigelegt werden, ist es für die Genossen praktisch nicht möglich, die eingehenden Briefe zu beantworten.

Weg mit den Todesurteilen im Iran!

Das faschistische Schah-Regime hat 10 Revolutionäre, unter ihnen eine Frau, zum Tod, und eine Genossin zu 15 Jahren Einzelhaft verurteilt, weil sie drei Offiziere der amerikanischen Besatzertruppen im Iran hingerichtet haben. Dieser Terror ist die Antwort des Regimes auf den wachsenden Kampf der iranischen Völker um nationale Unabhängigkeit, gegen das faschistische Schahregime. Mehr als 200000 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen des Schah, werden bestialisch gefoltert, ,,auf der Flucht erschossen", mehrere Hundert Todesurteile hat das Regime in den letzten Jahren ausgesprochen und vollstreckt.

Aber diese Unterdrückung wird die iranischen Völker nicht einschüchtern. Wenige Tage vor den Todesurteilen erst fand in Teheran eine Massendemonstration statt, wo Zehntausende zum Gefängnis zogen und die Freilassung der politischen Gefangenen forderten. Polizei und Soldaten eröffneten das Feuer auf die Menschenmassen. Im letzten Jahr fanden in ganz Iran Streiks und Massenkämpfe der Arbeiter statt, so in Abadan oder Shaki, wo es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam, die Arbeiter Militärfahrzeuge in Brand setzten und den Soldaten bewaffnete Auseinandersetzungen lieferten. 5000 politische Gefangene führten im Sommer einen Hungerstreik in den Gefängnissen durch.

All diese Kämpfe zeigen, daß es dem Regime nicht gelungen ist und nicht gelingen wird, den Widerstand der iranischen Völker zu brechen.

Wenige Tage, nachdem die Verhängung der Todesurteile bekannt wurde, demonstrierten in Köln rund 450 Menschen gegen den Terror des Schah-Regimes. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die CISNU, die Partei und die GRF. Seit dem 2. 1. befinden sich rund 80 iranische Studenten ebenfalls in Köln im Hungerstreik. Sie fordern die Aufhebung der Todesurteile, die Bekanntgabe des Revisionstermins für die Verurteilten und die Zulassung einer internationalen Kommission von Medizinern und Juristen zur Gerichtsverhandlung und zu den politischen Gefangenen.



Fotoausstellung der Föderation Iranischer Studenten in Essen.

In Portugal erschossen

Bei einer Demonstration vor dem Militärgefängnis Custoias in der Nähe der portugiesischen Stadt Porto erschoß die portugiesische Nationalgarde 3 Demonstranten. Weitere Teilnehmer der Demonstration wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Demonstranten hatten die Freilassung von 137 Soldaten gefordert, die nach der Rebellion vom 25. November verhaftet wurden und seitdem gefangen gehalten werden. Eine ähnliche Kundgebung fand vor dem Caxias-Gefängnis in Lissabon statt. Unter den Ermordeten befindet sich Genosse Gunther Bruns, Mitglied des Kommunistischen Bundes Nord. Gunther Bruns lebte seit einigen Monaten in Portugal und arbeitete in einer landwirtschaftlichen Kooperative.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DUISBURG

Am 10. 12. 75 fand vor dem Landgericht in Duisburg ein Prozeß gegen Genossen Reinhold H. aus Wiesbaden statt. Er war in der ersten Instanz wegen Widerstand, Körperverletzung und Teilnahme an einer verbotenen Demonstration (gemeint ist der Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter) zu 1200 DM Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung wurde Genosse Reinhold freigesprochen.

WOLFSBURG

Die Teilnehmer einer Veranstaltung gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz des KBW, auf der auch Genossen unserer Partei anwesend waren, verabschiedeten eine Solidaritäts-Resolution mit Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt. In der Resolution heißt es: ,,Beide Gefangene sind aufgrund ihrer politischen Gesinnung und ihrer Mitgliedschaft im KBW inhaftiert worden. Beiden Gefangenen soll der Antrag auf ,2/3 Bewährung' ebenfalls aufgrund ihrer Gesinnung abgelehnt werden. Die Gefangenhaltung soll dazu dienen, die Inhaftierten zur Verleumdung ihrer politischen Auffassungen zu zwingen. Die Verfolgungsmaßnahmen und die Prozesse haben dies eindeutig gezeigt. Diese Tatsachen werden wir bekannt machen. Wir, die Versammelten, fordern die sofortige Freilassung von Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt."

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Am 14. 1. 76 findet vor dem Jugendgericht Siegburg, Ankerstr. 2, (Kaufhof), Zi. 36 um 8.30 Uhr ein Prozeß gegen zwei Rotgardisten statt. Die beiden Genossen sind im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Ermordung des Genossen Günter angeklagt.

Am 14. 1. 76 findet vor dem Amtsgericht Neumünster ein Prozeß gegen mehrere Genossen statt. Die Genossen sind angeklagt im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Partei zum 1. Mai 1975 und einer Aktion gegen den ,,Stahlhelm".

Im Bremer Arbeitsgericht (Wachmannstr. 76) findet am 14. 1. 76 um 8.30 Uhr ein Arbeitsgerichtsprozeß statt, in dem die Roten Jugendvertreter Petra G. und Jörg F. gegen ihre Kündigung durch die AG Weser Kapitalisten klagen. Petra und Jörg waren im September 74 von den AG Weser-Kapitalisten entlassen worden. Die offizielle Begründung lautet: Petra und Jörg hätten im Betrieb" kommunistische Agitation und Propaganda" betrieben.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

Korrespondenzen

Redaktion ,,ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

DUISBURG

Am Samstag, den 27. 12. 1975 trat in der Duisburger Mercatorhalle ein ,,chinesisches" Kinderballett auf. Zwei Genossen besuchten zusammen mit mehreren Freunden die Veranstaltung, in der Hoffnung ein Kinderballett aus der VR China zu sehen. Zu Beginn der Vorführung stellte die Ansagerin die Gruppe vor. Sie sagte, daß sie Mitglieder des Amateurballetts, Töchter von Bauern und Fischern aus dem Nordosten Taiwans seien. Die Tournee würde u. a. unternommen, um mit einem Teil der Eintrittsgelder ein Jugendzentrum in ihrer Heimat zu finanzieren. Welche Bedeutung diese Aussagen hatten, war uns zu Beginn des Programms noch nicht deutlich. Doch schon während der ersten Tänze entstand unter uns eine lebhafte Diskussion. Denn ein Genosse, der vor kurzem die VR China besucht hatte und dort chinesisches Kinderballet kennengelernt hatte, erkannte sehr schnell den Unterschied. So paßte sich die Gruppe aus Taiwan sehr dem Stil des kapitalistischen Showgeschäftes an. Die Kostüme der Mädchen waren pompös, so daß ein Kollege spontan sagte: ,,Für die teuren Kleider hätte man schon ein halbes Jugendzentrum bauen können.

Aber es kam noch schlimmer. Denn mit der Zeit erkannten wir auch den Inhalt und die politische Bedeutung der Tänze und der Veranstaltung überhaupt. So führte das Ballett den ,,Fächertanz" auf, der, wie die Ansagerin ankündigte, ,,früher, als man noch Zeit und Muße hatte, zur Belustigung des Kaisers und seiner Gefolgsleute diente." Hier wurde ganz deutlich mit viel bourgeoisem Flitterkram und bunten Spot lights die alten Herrscher und Unterdrükker verherrlicht, die das chinesische Volk in aufopferungsvollen Kämpfen gestürzt hatte.

So führte das Ballett den ,,Opa und Enkel-Tanz" auf, in dem dargestellt wurde, wie früher am Kaiserhofe die Höflinge von Leibeigenen getragen wurden. Die Ansagerin versuchte den Inhalt dieses Tanzes zu verharmlosen, indem sie sagte, ,,daß dies heute nicht mehr üblich sei, da es jetzt Fahrräder, Motorräder und Autos gäbe."

So führte das Ballett den ,,Frühlingslotustanz" auf. Die Ansagerin sagte dazu, die Lotusblüte sei Symbol für ein Leben, in dem man aufrecht und voller Lebensfreude durch alle Kümmernisse gehen soll. Gerade solche reaktionären, klassenversöhnlerischen Ansichten werden in der VR China in der Anti-Konfuziuskampagne auf das Schärfste bekämpft.

Genauso reaktionär war die Aussage des ,,Storch und Muschel-Tanzes". Der Storch, der die Muschel fressen wollte und die Muschel, die sich wehrte, kämpften gegeneinander und wurden dann beide von Fischern gefangen. Und die Ansagerin erklärte dazu auch, ,,daß, wenn zwei sich streiten, der dritte sich freut. Also streitet Euch nicht und seid friedlich." Mit anderen Worten, kämpft nicht für Eure Interessen.

Als dann die Ansagerin noch sagte, ,,daß die süßen und braven Fischertöchter ihr aufgetragen hätten, dem Publikum zu sagen, wer gerne Fisch mag und Beziehungen zu Neckermann hat, der ist herzlich eingeladen, nach Taiwan zu kommen", wurde uns klar, daß hier nicht nur ein völlig falsches, nämlich reaktionäres Bild von China verbreitet werden soll, sondern, daß hier der Alleinvertretungsanspruch der Tschiang-Kai-schek-Clique propagiert werden soll. Denn nachdem die VR China den US-Imperialismus und seine Handlanger in Taipeh in die Knie gezwungen hatte und völkerrechtlich anerkannt wurde, versucht nun Taipeh über den Weg der Kultur, durch Darstellen von Tänzen aus allen Provinzen Chinas, sich als rechtmäßiger Vertreter Chinas auszugeben. Ganz zu schweigen davon, daß Taipeh ,seine' Kinder zum Betteln ins Ausland schickt.

Der Gipfel der Anbiederung war, als die Mädchen des Balletts zum Schluß zwei deutsche Volkslieder sangen. Das Lied, ,,Mein Vater war ein Wandersmann" wurde in chinesischer Sprache, das Lied, ,,Muß i denn, muß i denn zum Städele hinaus", in deutscher Sprache gesunden. Was ja an sich nicht schlecht ist, aber wenn man sich vor Augen hält, welchen Charakter die Veranstaltung hatte und bedenkt, wem die Verbreitung dieses falschen Chinabildes nutzt, dann erkennt man, daß hier die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk mißbraucht wurde.

Rot Front! KSB/ML Essen

BREMEN

Liebe Genossen, ein Kollege von mir ist ein aktiver Judosportler, der häufig an Wettkämpfen teilnimmt. Das Training in seinem Verein wird z. Z. von einem der besten Judokämpfer der Bundesrepublik geleitet, einem Mitglied des Wolfsburger Judoclubs. Der Form halber, um als Amateur zu gelten, hat dieser Sportler eine Anstellung bei VW in Wolfsburg. Er leitet das Training in einer Reihe kleinerer Vereine — im Verein meines Kollegen läßt er sich den Abend mit 25 DM bezahlen. Mein Kollege berichtete, daß bei Wettkämpfen, besonders am Boden, wo die Kampfrichter eher die Übersicht verlieren, unerlaubte Techniken angewandt werden, um den Gegner mürbe zu machen, z. B. Druck mit Daumen oder Ellenbogen in die Magengrube. Ein anderer junger Judoka erzählte, er habe häufig erlebt, daß seine Gegner ihn mit einem Kopfstoß von unten gegen das Kinn ablenkten, um ihn dann werfen zu können. Mein Kollege lehnt sowas ab. Wenn sein Gegner aber solche schmutzigen Tricks anwendet, wird er wütend und zahlt es ihm genauso heim. Man kann sich denken, welch ,,fairer Sportsgeist" dadurch um sich greift. Das Profitprinzip und die erbarmungslose kapitalistische Konkurrenz herrschen also nicht nur in den Spitzen der Sportverbände, sondern werden ständig bis tief in die normalen Vereine hineingetragen.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen.

Parteitag in Kuba

Fidel Castro - ein Vasall Moskaus

Mitte Dezember fand der 1. Parteitag der revisionistischen Partei Kubas statt. Dieser Parteitag, wie auch die gesamte Entwicklung Kubas, zeigen, daß keineswegs der ,,eigene Weg zum Sozialismus'' gesiegt hat. Kuba ist nach wie vor eine Zuckerrepublik, in der das Volk ausgebeutet und unterdrückt wird. Der einzige Unterschied ist der, daß heute nicht mehr Washington, sondern Moskau Kuba in Abhängigkeit hält. So war denn auch die Rede Fidel Castros auf diesem ersten Parteitag ein einziger Kotau vor den Neuen Zaren im Kreml.

Der erste Parteitag der kubanischen Partei hat in der revisionistischen Presse großen Raum eingenommen, von allen osteuropäischen revisionistischen Parteien nahmen Delegationen am Parteitag teil. Die Aufmerksamkeit, die Castro und seiner Partei erwiesen wird, gilt der besonderen Rolle, die das Beispiel Kuba, die der Castrismus für die modernen Revisionisten besitzt. Castro wird von den Häuptern des Revisionismus bewußt als ,,enfant terrible'' unter den spießbürgerlichen Herren von Moskau, Ostberlin, Warschau, Prag usw. herausfrisiert.

Sie stützen sich dabei auf den Einfluß, den Castro mit einem kleinbürgerlichen Revolutionskonzept vor allem unter intellektuellen Jugendlichen gewonnen hatte. Castro täuschte viele Jugendliche, indem er sich gegen bestimmte Erscheinungsformen des Revisionismus wandte, sich als Vorkämpfer gegen den Bürokratismus, gegen den materiellen Anreiz bezeichnete und mit seinem Eintreten für den bewaffneten Kampf in Form der Guerilla scheinbar eine Alternative zum ,,friedlichen Weg'' der Revisionisten war, genauso wie er vorgab, mit seinem Konzept von einer ,,geldlosen'' Gesellschaft ein besonders ,,reiner'' Vertreter des Kampfes für eine klassenlose Gesellschaft, für den Kommunismus zu sein.

In Wirklichkeit jedoch war dieser scheinbare antirevisionistische Kampf Betrug. Die ideologische Grundlage des Castrismus ist revisionistisch. Sie ist gegen die Hegemonie des Proletariats, gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, gegen die Revolution und gegen die Diktatur des Proletariats gerichtet. Die blutige Niederlage derjenigen, die in Lateinamerika den Weg des Castrismus gingen, beweist eindeutig die Schädlichkeit dieser Theorien. Ihre besondere Gefährlichkeit beruhte darin, daß der Castrismus nicht offen mit den revisionistischen Theorien hausieren ging, sondern sie auf die kleinbürgerlich-romantischen Gefühle vieler Jugendlicher, denen in einer Zeit der revisionistischen Entartung der ehemals kommunistischen Parteien eine klare Orientierung fehlte, zurechtschnitt. Heute dagegen vertritt Castro eindeutig und offen die revisionistischen Theorien und versucht nur noch, sich in einigen Punkten einen revoluzzerhaften Anstrich zu geben. Kuba ist kein Beispiel für ein sozialistisches Land, sondern für ein unterdrücktes Volk, das von Feinden des kubanischen Volkes an die russischen Sozialimperialisten verkauft wurde.

In seiner Rede auf dem Parteitag pries Castro die Fortschritte auf dem Weg hin zum Kommunismus. Die Wirklichkeit zeigt allerdings, daß es nicht darauf ankommt, ob einige tausend Bewohner für ihre Wohnungen Miete zahlen oder nicht, um eine Gesellschaftsordnung kapitalistisch oder sozialistisch werden zu lassen. **Entscheidend ist, ob die Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht hat, ob die ,,Rebellenarmee'' die Diktatur des Proletariats schützt oder die Macht der Bourgeoisie über das Volk.** Mit Castro hat nicht die soziale und politische Freiheit des Volkes gesiegt und auch nicht die nationale Freiheit Kubas. Castro hat das kubanische Volk an die russischen Sozialimperialisten verkauft. Diese dachten nicht daran, Kuba den Aufbau einer selbständigen Wirtschaft zu ermöglichen, sondern nutzten die einseitige Wirtschaftsstruktur Kubas schamlos aus, um Kuba in totaler Abhängigkeit zu halten. Die Tatsache, daß Kuba im letzten Dezember sogar den Zucker für die Bevölkerung rationieren mußte, um die geforderten Exportzahlen erfüllen zu können, spricht Bände über die ,,freundschaftlichen Beziehungen'' zwischen Kuba und der Sowjetunion. Kuba ist Mitgliedstaat der RGW und als solcher genauso dem Diktat Moskaus unterworfen wie alle anderen RGW-Staaten auch.

Und genau wie die Häupter der anderen revisionistischen Länder schämte sich auch Castro nicht, immer wieder zu beteuern, daß Kuba politisch wie wirtschaftlich alles der ,,brüderlichen Hilfe'' der Sowjetunion zu verdanken habe. Machte er sich zum Fürsprecher der ,,Friedens- und Entspannungspolitik'' der Sowjetunion, die er als einzigen Ausweg für die Menschheit darstellte.

Die Wirklichkeit sieht auch hier ganz anders aus. Die russischen Sozialimperialisten wollen nicht den Frieden, sondern die Hegemonie in der Welt. Sie verstärken deshalb ihre Aufrüstung und ihre Vorbereitung für den Krieg und versuchen überall, in den Einflußbereich der US-Imperialisten einzudringen und die Völker, die sich vom Joch des alten Kolonialismus befreit haben, jetzt unter ihre Knute zu bringen. Sie sind zusammen mit dem US-Imperialismus gegenwärtig die Hauptfeinde der Weltrevolution und der nationalen Befreiungskämpfe.

Und Castro, der immer wieder beteuert, daß er der engste Freund der unterdrückten Völker sei, spielt bei diesem Spiel eine besonders schmutzige Rolle. 5000 kubanische Soldaten kämpfen in Angola Seite an Seite mit russischen Truppen gegen die Freiheit des angolanischen Volkes, für die imperialistischen Ziele der russischen Supermacht. Vor allem diese Tatsache hat bei vielen auch die letzten Illusionen ausgeräumt, die sie in die antiimperialistischen Absichten des kubanischen Regimes hatten und ihnen gezeigt, daß dieses Regime tatsächlich konterrevolutionär ist, ein Feind der Revolution, ein Feind des Befreiungskampfes der Völker.

Berichtigung

Leider sind uns in der in Nr. 1/76 abgedruckten Grußadresse des ZK zum Jahrestag der Parteigründung einige Fehler unterlaufen.

1. Auf Seite 4, Spalte 5 oben muß es richtig heißen: ,,Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen.''
2. Auf Seite 7, Spalte 1 oben muß es richtig heißen: ,,Der Einfluß des US-Imperialismus darf zwar keinesfalls unterschätzt werden, er ist aber nicht so groß, daß man sagen kann, die westdeutsche Monopolbourgeoisie wäre nicht die herrschende Klasse in Westdeutschland.''
3. Auf Seite 7, Spalte 3/4 muß es richtig heißen: ,,Nach einiger Vorbereitungszeit sind die Gespräche auf zentraler Ebene zustandegekommen, darüber hinaus hat auf allen Ebenen eine intensive ideologische und politische Diskussion eingesetzt, die sicherlich viel zur Klärung der zwischen unserer Partei und der GRF noch bestehenden Widersprüche beitragen wird.''
4. Auf Seite 6 ist die zweite Zwischenüberschrift ,,Krieg dem imperialistischen Krieg!'' nicht an der richtigen Stelle. Sie gehört stattdessen auf die Seite 7 vor den letzten Absatz auf der 1. Spalte.

Auf Beschluß des ZK der KPD/ML

ROTER MORGEN 1967-69 im Nachdruck erschienen

Auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD/ML sind die drei ersten Jahrgänge des ROTEN MORGEN als Faksimile-Nachdruck in einem Band herausgegeben worden. Es sind die beiden Jahrgänge 1967 und 1968, die vor der Gründung der KPD/ML erschienen sind, sowie der Jahrgang 1969, der erste Jahrgang, in dem der ROTE MORGEN als Zentralorgan der KPD/ML herausgegeben worden ist. Der Band, der im damaligen Originalformat Din A 4 erscheint, kostet 30 DM. Er kann bezogen werden über die Buchläden der Partei, über die Parteibüros, wie auch über die Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (GewiSo).


Roter Morgen

Roter Morgen

ROTER MORGEN

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

Seit der ersten Ausgabe des ROTEN MORGEN im Juli 1967 hat sich nicht nur der Umfang, der Druck und die Gestalt der Zeitung gewandelt, sondern auch die Zahl der Leser, die Zahl der Genossen, die sich um den ROTEN MORGEN und später dann in der KPD/ML zusammenschlossen, ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Und nur wenigen Genossen sind heute — es sei denn in Auszügen — die Ausgaben des ROTEN MORGEN vor der Parteigründung sowie die Nummern im ersten Lebensjahr der Partei bekannt. Mit dem Nachdruck der drei ersten Jahrgänge gibt das Zentralkomitee daher einem breiten Kreis von Genossen, Sympathisanten der Partei und Lesern des ROTEN MORGEN die Möglichkeit zu studieren, wie der ROTE MORGEN, anfangs als Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD, die Grundlagen des Marxismus-Leninismus gegen die revisionistische Entartung der KPD verteidigt hat, wie er im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten auf der prinzipienfesten Grundlage des Marxismus-Leninismus die Gründung einer neuen marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei vorbereitet und vorangetrieben hat, wie er nach der Gründung der KPD/ML am 31. 12. 1968 als Zentralorgan der Partei diesen Kampf fortgeführt hat. Diese Ausgaben sind nicht nur überaus wertvoll für das Studium der Gründung der KPD/ML und ihres Aufbaus, sondern sie sind auch heute eine scharfe Waffe im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus.

Besondere Bedeutung aber hat der Nachdruck der drei ersten Jahrgänge des ROTEN MORGEN im Zusammenhang mit den verstärkten Anstrengungen, die Einheit aller wirklichen Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei zu erkämpfen. Es ist bekannt, daß die GRF (KPD) in einer Broschüre zur ,,Kritik an der politischen Linie der KPD/ML" den Versuch unternommen hat, zur ,,Legende'' zu erklären, daß 1968 mit der Gründung der KPD/ML der deutschen Arbeiterklasse wieder ihre wahrhaft marxistisch-leninistische kommunistische Partei geschaffen worden ist. Eine der zentralen Behauptungen der Autoren ist dabei, daß die marxistisch-leninistischen Genossen, die die KPD/ML gründeten, es versäumt hätten, einen entschiedenen, prinzipienfesten Kampf gegen den Revisionismus zu führen. Dies, obwohl die Autoren, die stattdessen stolz auf ihre führende Rolle bei den studentischen Massenkämpfen verweisen, selbst am besten wissen, daß sie als SDS- und Zirkeltheoretiker, sei es in ihrem tonnenweise verbreiteten Papier, auf ihren ,,Teach ins'' und Versammlungen, niemals den modernen Revisionismus vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus kritisierten. Doch entgegen den Autoren der GRF-Broschüre, die — wohlwissend warum — es offensichtlich nicht einmal wagen, ihre Dokumente von damals, die sie so sehr preisen, abzudrucken, braucht unsere Partei die Wahrheit, die Tatsachen nicht zu scheuen. So gibt der jetzige Nachdruck der drei ersten Jahrgänge des ROTEN MORGEN allen Revolutionären die Möglichkeit, entgegen den Verdrehungen, Verleumdungen und Lügen über die Gründung der KPD/ML im Kampf gegen den modernen Revisionismus die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.

In dem Vorwort des Zentralkomitees der KPD/ML zu dem Nachdruck heißt es dazu: **,,Ob der Kampf für die vollständige Entlarvung und Isolierung der modernen Revisionisten, der der Gründung der KPD/ML vorausging, eine ,Legende' ist oder eine harte Tatsache, kann jeder entscheiden, der den vorliegenden Nachdruck studiert. Tatsache bleibt jedoch, daß es in den Jahren 1967/68 keine Zeitung und keinen Zirkel in Westdeutschland und Westberlin gegeben hat, der auch nur annähernd, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus, den Verrat der modernen Revisionisten schonungslos aufgedeckt und entlarvt hätte, wie es die Marxisten-Leninisten im ROTEN MORGEN taten. Tatsache bleibt, daß in diesen Jahren der ROTE MORGEN die einzige Stimme war, die sich im ganzen Land gegen die völlige revisionistische Entartung der ehemals revolutionären und ruhmreichen KPD erhob und zum Kampf auf marxistisch-leninistischen Positionen aufrief. Tatsache bleibt, daß die revolutionären Kommunisten, die sich um den ROTEN MORGEN zusammenschlossen, die einzige Kraft waren, die diesen Kampf organisierten mit dem Ziel, eine neue, wirklich revolutionäre, wirklich marxistisch-leninistische Partei aufzubauen.**

Zweifellos enthält der ROTE MORGEN zu dieser Zeit noch Mängel und verschiedene Fehleinschätzungen, die den Kampf zweier Linien widerspiegeln. Wir scheuen uns jedoch nicht, die vorliegenden Jahrgänge vollständig zu veröffentlichen. Jeder ehrliche Revolutionär, der die Dokumente gewissenhaft studiert, wird feststellen, daß trotz gewisser Abweichungen zu jeder Zeit der Marxismus-Leninismus die ideologische Grundlage war, auf der die KPD/ML gegründet und aufgebaut wurde. Er wird daraus seine Schlußfolgerungen ziehen müssen.''

NEUERSCHEINUNG

ROTER MORGEN
3 Jahrgänge in einem Band
350 Seiten, Preis DM 30.-

ROTER MORGEN 1967–1969

Zu bestellen bei:

Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 300526

15. Januar 1919: Karl und Rosa ermordet





Am 15. Januar dieses Jahres jährt sich zum 57. Mal der Tag, an dem die großen Führer der deutschen Arbeiterklasse, die Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von den Henkern der sozialdemokratischen Ebert-Scheidemann-Regierung meuchlings ermordet wurden. Ihre Namen, denen der gesamte Haß der Reaktion galt, stehen für den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für den konsequenten Kampf auf dem Weg der proletarischen Revolution, für den schonungslosen Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus. Ihr Kampf, den die modernen Revisionisten vollständig verraten haben, lebt fort in dem Kampf der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Bewaffnete Aktionen indischer Patrioten

In Indien stößt die faschistische Diktatur der volksfeindlichen, antinationalen Gandhiclique auf den immer größeren Widerstand des indischen Volkes. Als in der vergangenen Woche die regierende Kongreßpartei auf ihrem Parteitag die Verlängerung des ,,Ausnahmezustandes" für ein weiteres Jahr beschloß, hat das der indische Propagandaminister in der Begründung indirekt zugeben müssen, als er davon sprach, daß die ,,Situation im Lande noch mit vielen Gefahren verbunden" sei.

In der Tat, obwohl die reaktionäre Gandhiclique in ihrer Propaganda sich bemüht, die Entwicklung in Indien in den rosigsten Farben zu schildern und obwohl die indischen Revisionisten dem faschistischen Regime das Etikett ,,fortschrittlich", ,,antiimperialistisch" und sogar ,,antifaschistisch" umhängen, zeigen doch die Tatsachen ganz klar, daß die Herrschaft Indira Gandhis auf Gewalt und Folter beruht; daß die leidgeprüften Massen des indischen Volkes noch schlimmer als bisher ausgeplündert werden.

Der angebliche Antiimperialismus des Gandhiregimes besteht vor allem darin, in Worten zum ,,Kampf gegen ausländische Sabotage und Subversion" aufzurufen, in Taten aber Indien an den Imperialismus und vor allem an die beiden Supermächte zu verkaufen. Das riesige Indien mit seinen Reichtümern, seiner großen Anzahl von Menschen und seiner hervorragenden strategischen Lage ist heute der Schauplatz des heftigen Kampfes der beiden Supermächte. Dabei ist es vor allem den russischen Sozialimperialisten, dank der Politik der Gandhiclique, gelungen, sich große Privilegien und riesige Reichtümer zu sichern. Die russische ,,Hilfe" für Indien sieht so aus, daß Indien bereits in jedem Jahr mehr zurückzahlen muß, als es erhält. Diese Milliardenschulden sind zugleich Druckmittel, um Indien neue versklavende Verträge aufzuzwingen, um Profite und Privilegien zu sichern. Die Häfen Indiens dienen der Flotte der Kremlzaren bereits als Stützpunkte und in der indischen Armee, die mit russischen Waffen in wahnwitzigem Tempo aufgerüstet wird, wimmelt es von russischen ,,Beratern" und Technikern. Hinter den indischen Aggressionen gegen seine Nachbarn standen und stehen die russischen Sozialimperialisten. Gleichzeitig aber schließt die Gandhiclique auch mit den amerikanischen Imperialisten Abkommen und Verträge, die es dem US-Finanzkapital erlauben, tiefer in das Land einzudringen. Erst im Oktober wurde so ein indisch-amerikanischer Wirtschafts- und Handelsrat geschaffen.

Diese Politik hat das Elend des Volkes nur noch vergrößert. Keines der großen Übel der indischen Gesellschaft — Hunger, Arbeitslosigkeit, grenzenlose Armut und das Elend der Massen — wurde beseitigt. Im Gegenteil. In diesem Jahr erhöhte die Gandhiclique die Steuern, die sie dem Volk abpreßt, um das Doppelte. Die Industrieproduktion, die angeblich einen Aufschwung nehmen sollte, fiel um 4% und die Ernteerträge waren um 2% geringer. Spekulation und Teuerung dagegen blühten: der Mehlpreis stieg um 150%, der Reispreis um 100%.

Angesichts dieser Verhältnisse haben grausame Gewalt, Folter und die Einkerkerung abertausender indischer Kommunisten und Patrioten den Kampf des Volkes nicht unterdrücken können. Immer wieder haben sich in den Städten Tausende von Menschen zu großen Demonstrationen gegen das Gandhiregime versammelt. So demonstrierten erst vor kurzem in Delhi 80000 Menschen, die sich auch durch den Einsatz der faschistischen Polizei nicht einschüchtern ließen.

Vor allem in den weiten ländlichen Gebieten, wo die armen Bauern und Landarbeiter eine jahrzehntelange Kampftradition besitzen und in denen es in den letzten Jahren immer wieder zu bewaffneten Aufständen der Bauern gekommen war, herrschen große Unruhe und Empörung. **In allen Staaten Indiens haben Patrioten, unterstützt von der Landbevölkerung, zu den Waffen gegriffen. Ihre Aktionen sind bereits zum Schrecken der Gandhipolizei geworden.** In zwei Staaten im Norden nahmen die Patrioten einigen reichen Großgrundbesitzern den Boden weg und verteilten ihn an die Bauern. Es ist bezeichnend, daß die Polizei des Gandhiregimes, das angeblich eine ,,tiefgreifende Bodenreform" durchführt, den Großgrundbesitzern sofort zu Hilfe eilte. Bei dieser Gelegenheit griffen Patrioten einen Polizeiverband an, töteten einen Polizisten und verwundeten viele. Auch die Stützpunkte der Polizei auf dem Land, befestigte Polizeistationen, sind das Ziel der Angriffe der Patrioten. Bei mehreren Überfällen gelang es ihnen dabei z.B. im Staat Andhra Pradesh, etliche Polizisten zu töten.



Brutaler Einsatz der Gandhi-Polizei gegen Demonstranten.

Auch in diesem Jahr verhungerten in Indien 3-4 Millionen Menschen. In manchen Gebieten ist die Hungersnot so groß, daß die Bauern gezwungen sind, sich von Baumrinde und Grashalmen zu ernähren. Das angebliche indische Paradies ist für die Werktätigen eine Hölle. 200 Millionen Menschen leiden an chronischem Hunger, das sind 60 Millionen mehr als vor dem Machtantritt Indira Gandhis. Über 80% der Kinder sind unterernährt. Während zig Millionen Bauern keine Handbreit Boden haben, konzentrieren sich in den Wänden weniger Großgrundbesitzer Landstriche, die z.T. größer sind als die Bundesrepublik. In den Städten sind 170 Millionen Menschen ohne feste Arbeit, sie sind gezwungen, zu betteln. In den Elendsvierteln von Kalkutta, Bombay, Delhi usw. herrschen unbeschreibliche Verhältnisse.

Die indische reaktionäre Bourgeoisie, die Großgrundbesitzer, deren Interessen das Regime Indira Gandhis vertritt, zittern bereits jetzt vor dem Kampf des indischen Volkes. Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur haben sie versucht, der wachsenden Kämpfe Herr zu werden. Schon jetzt ist klar, daß ihnen das nicht gelingen wird. **Die Hunderte Millionen der indischen Volkes werden sich erheben und mit der Waffe in der Hand letzten Endes den Sieg über ihre äußeren und inneren Feinde erringen.**

Aus aller Welt

MOSAMBIK

Regierung und Volk von Mosambik haben einen bewaffneten Putschversuch reaktionärer Kräfte, die sich in die Volksbefreiungsarmee eingeschlichen hatten, niedergeschlagen. Diese Elemente starteten am 17. 12. 75 eine Rebellion gegen Volk, Regierung, Streitkräfte und Polizei. In einem Kommunique der Regierung heißt es dazu: ,,Die Volksbefreiungsarmee von Mosambik, die Polizei und das Volk führten mutige und geschlossene Aktionen durch, geboten den Reaktionären Einhalt und versetzten ihnen einen vernichtenden Schlag . . ." Das Volk von Mosambik begegnet wachsam allen Versuchen der Imperialisten, die Einheit des Volkes und der Befreiungsstreitkräfte zu zerstören, und verteidigt die Unabhängigkeit seines Vaterlandes.

SÜDKOREA

Im ganzen Land hat sich in den letzten zwei Monaten eine breite Bewegung zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, gegen die faschistische Unterdrükkung durch das Pak-Regime ausgebreitet. In Cheju streikten die Schuster für höheren Lohn, in Massan, Südkyongsang und Mokpo fanden Massenkundgebungen der Arbeiter statt. Die Bankangestellten in den großen Städten traten in den Streik. Die Bauern setzen überall im Land den Plänen der Regierung, Getreide zwangsweise einzuziehen, großen Widerstand entgegen, sodaß die Regierungspläne nicht erfüllt werden konnten. In Nordcholla und anderen Distrikten kämpften Hunderte von Menschen gegen den Terror der Polizei, die Häuser durchwühlte und demolierte.

SPANIEN

In allen Teilen Spaniens erweitert sich die machtvolle Protestbewegung der breiten werktätigen Massen gegen die brutale Unterdrückung durch das faschistische Regime. Einige hundert Einwohner Madrids organisierten eine Demonstration aus Protest gegen die Willkür des Regimes und forderten die Freilassung Tausender in den Gefängnissen schmachtender Patrioten. Die Demonstranten liefen durch die Straßen der Hauptstadt und riefen Losungen gegen die faschistische Diktatur. Machtvoll erschallten die Rufe: Freiheit! Freiheit! Durch die Ausmaße dieser Demonstration in Angst versetzt, beorderten die faschistischen Behörden einige hundert Polizisten an Ort und Stelle, die mit Gummiknüppeln und Tränengasbombem gegen die Demonstranten vorgingen. Demonstrationen und Streiks dieser Art wurden in den letzten Tagen auch in anderen Städten Spaniens organisiert. In Barcelona kam es zu einer machtvollen Demonstration, an der sich etwa 3500 Personen beteiligten. In anderen Städten mündeten die Demonstrationen auch in heftige Auseinandersetzungen mit den faschistischen Polizeitruppen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

FPOLISARIO: Kampf gegen die Invasoren!

Im Kampf für die nationale Befreiung und Unabhängigkeit hat die Front für die Befreiung von Sajia El Hamra und Rio de Oro (POLISARIO) trotz der schwierigen Situation bedeutende Erfolge errungen. Den marokkanischen Truppen, die ins Land eingedrungen sind, um gemeinsam mit der mauretanischen Regierung die Nachfolge der spanischen Kolonialherrschaft anzutreten, die saharische Bevölkerung ihrer nationalen Reichtümer zu berauben und gewaltsam zu unterdrücken, wurden schwere Schläge von der Befreiungsfront versetzt.

Mit äußerster Brutalität sind marokkanische Invasionstruppen in das Land eingedrungen und gegen die Sahara-Bevölkerung vorgegangen. Große Teile der Bevölkerung der Stadt Aiun sahen sich gezwungen, in die Wüste und ins Landesinnere zu fliehen, um den Massakern, den Einkerkerungen und Gewalttätigkeiten durch die marokkanische Verwaltung und die Besatzertruppen zu entgehen. Es wird berichtet, daß allein in der Stadt El Aiun 300 marokkanische Geheimagenten eingetroffen sind, um gegen die Bevölkerung und ihren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit vorzugehen.

Die Kämpfe konzentrieren sich auf das Gebiet nördlich der Stadt Smara, 160 km östlich von El Aiun. Unterstützt werden die marokkanischen Invasionstruppen durch spanische Legionäre. Spanische Hubschrauber z.B. unterstützen an Ort und Stelle die Invasion, indem sie Ausschau halten nach Stellungen der Befreiungsfront POLISARIO oder auch indem sie verletzte Soldaten der Invasionstruppen aus dem Kampfgebiet ausfliegen.

Doch der Widerstandskampf der Sahara-Bevölkerung ist ungebrochen und hat bereits bedeutende Erfolge erzielt. Unter der Führung der POLISARIO-Front organisiert sich die Bevölkerung in militärischen Verbänden, um die Invasoren zurückzuschlagen. Der Vormarsch der marokkanischen Truppen wurde bereits durch die Volksbefreiungsarmee und die Volksmilizen gestoppt. Schon in den ersten Tagen der Invasion erlitten die marokkanischen Truppen schwere Verluste. So wurden am 8. November, als es den Kräften der Befreiungsfront im Gebiet von Faraya gelang, ein feindliches Bataillon einzuschließen, 250 Feinde getötet. Noch am selben Tag hat die Befreiungsfront POLISARIO die strategisch wichtige Zone La Güera eingenommen und dort ein befreites Gebiet errichtet, in dem jetzt einheimische Kommissionen die Macht übernommen haben. Verstärkt worden sind die Reihen der Befreiungskämpfer der POLISARIO-Front durch mauretanische Freiheitskämpfer, die die Bevölkerung der Sahara in ihrem gerechten Kampf gegen die marokkanische und mauretanische Invasion unterstützen.

Osttimor: ''Unabhängigkeit oder Tod!''

Unter der Führung der Befreiungsbewegung FRETILIN kämpft das Volk von Osttimor heldenmütig gegen die indonesischen Aggressoren. Wie inzwischen bekannt wurde, hat das indonesische Suharto-Regime mehr als 15000 Soldaten, zahlreiche Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge sowie einen Teil seiner Flotte aufgeboten, um Osttimor zu annektieren.

Die indonesischen Aggressoren begannen Weihnachten eine neue, großangelegte Offensive, um das Land nach seiner Befreiung von der portugiesischen Kolonialherrschaft in eine neue Sklaverei zu führen. Trotz ihres riesigen Aufgebots an Soldaten und Waffen ist es den indonesischen Aggressoren aber nicht gelungen, den Widerstand des Volkes von Osttimor zu brechen und das Land vollständig zu erobern. Die indonesischen Faschisten ermordeten über 10000 Menschen. Tausende von Frauen und Kindern fielen ihnen zum Opfer. Aber trotz der großen Opfer und unter den schwierigsten Bedingungen kämpft das Volk, geführt von der FRETILIN, unter der Parole ,,Unabhängigkeit oder Tod" für seine Freiheit und Unabhängigkeit. Die Volksstreitkräfte des Volkes von Osttimor kontrollieren nach wie vor den größten Teil des Landes. Sie haben sich aus den Städten in die unwegsamen Berggebiete zurückgezogen, um von hier aus den Widerstand zu organisieren. **Sie vernichteten bis jetzt, trotz unzulänglicher Bewaffnung, über 10000 feindliche Soldaten, und der Feind ist nirgends vor ihnen sicher.** Am 14. Dezember z.B. führten die Soldaten der FRETILIN verschiedene Angriffe auf die Stellungen des Feindes in Dili und töteten 150 Invasoren. Bei ähnlichen Angriffen auf die Hafenstadt Bacau wurden an einem Tag 40 oder 50 feindliche Soldaten vernichtet. Der Kampf des Volkes von Osttimor für seine nationale Unabhängigkeit und Befreiung wird von allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Welt unterstützt.

So ist vor kurzem eine Delegation der Demokratischen Republik Osttimor in der VR China eingetroffen, um Gespräche zu führen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Außenminister der VR China, Tschiao Guan Hua, daß das chinesische Volk und die Regierung der VR China den gerechten Kampf des Volkes von Osttimor unterstützten, während er die indonesische Aggression verurteilte.

In einer Erklärung des ZK der Kommunistischen Partei Indonesiens wird ebenfalls der gerechte Kampf des osttimoresischen Volkes unterstützt. Es heißt dort außerdem, daß die Völker von Indonesien und Osttimor Brudervölker sind, die im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind stehen und sich in diesem Kampf eng zusammenschliessen werden.

Das reaktionäre indonesische Regime, das gehofft hatte, Osttimor kurzerhand erobern zu können, ohne die Aufmerksamkeit der Welt zu erregen, hat sich getäuscht. Das Volk von Osttimor ist zwar klein, aber es ist zum Kampf entschlossen, und während die indonesischen Faschisten äußerst isoliert sind, findet sein gerechter Kampf überall auf der Welt immer größere Sympathie und Unterstützung.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Adenauer - ein großer Deutscher?

Generalvertreter der Wallstreetmagnaten

Am 5. Januar wäre Konrad Adenauer hundert Jahre alt geworden. Grund genug für z. B. Willy Brandt, sich der Fortsetzung seiner Politik zu rühmen. Grund genug für die CDU/CSU, sich in seinem Glanz zu sonnen und für die Bundesregierung, zum Festakt im Bundestag einzuladen. Medaillen werden geprägt, eine Wanderausstellung wird organisiert, Erinnerungen erscheinen . . .

Ein großer Deutscher, wie jetzt alle behaupten?

Schon 1919 hatte sich Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, als Separatist entpuppt, der vorhatte, das Ruhrgebiet und die Rheinlande vom Deutschen Reich abzuspalten und als „unabhängige" Republik unter der Oberherrschaft der französischen Imperialisten auszurufen. Für Deutschland, die deutsche Nation und das deutsche Volk hat Adenauer niemals etwas übrig gehabt. Als Oberbürgermeister von Köln und später als Kanzler betrieb er eine Politik des nationalen Verrats, der Ausplünderung und der Unterdrückung des Volkes. Er war ein Lakai des amerikanischen Finanzkapitals.



Links, das ist J. P. Morgan, Begründer des Morgantrusts. Adenauer war eng mit dem Morganclan verwandt. Seine zweite Frau war die Cousine des Direktors der Morganbank. Sein Schwippschwager (Schwager seiner Frau), Mc Cloy, ebenfalls Bankdirektor des Morgantrusts, war als „Hoher Kommissar" erster Oberbefehlshaber der US-Besatzer in Westdeutschland.

Der Diener und seine Herren.



Hier sind sie in trauer Eintracht zusammen: Eisenhower, als Präsident der USA der Befehlsempfänger der amerikanischen Monopolkapitalisten, Adenauer und sein Schwippschwager Mc Cloy. Fehlen eigentlich nur noch die Brüder Dulles, der eine Außenminister der USA, der andere Chef des berüchtigten CIA, die Adenauer selbst zu seinen besten Freunden zählte. Damals nannte man Adenauer den Generalvertreter der USA-Imperialisten in Westdeutschland. Die Spaltung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes, der Abschluß der Pariser Verträge, die es den amerikanischen Imperialisten erlauben, ihre Besatzertruppen bis zum Jahr 2005 in unserem Land zu stationieren und schließlich die Wiederaufrüstung auf Befehl Washingtons nach dem Motto „Deutsche Soldaten als Kanonenfutter für die amerikanischen imperialistischen Ziele" — das war die Politik Adenauers, eine Politik des nationalen Verrats. Selbstverständlich handelte er damit völlig im Einklang mit den Interessen der deutschen Monopolkapitalisten. Dieselben, die einst Hitler bezahlten, finanzierten dann Adenauer und die „Bonner Demokratie".



Vor dem 2. Weltkrieg: Thyssen, der Finanzier Hitlers . . .

. . . und nach dem Krieg: Dr. Herzog, Aufsichtsratsvorsitzender des Thyssenkonzerns und Adenauer.



Das „freie Deutschland", das Adenauer angeblich verkörpert, Grundgesetz, Parlament und „freiheitlich-demokratische Grundordnung" war in Wirklichkeit nur die Fassade für die Diktatur der westdeutschen Kapitalistenklasse und der US-Imperialisten. An den Schaltstellen der Macht, in den Ministerien, Verwaltungen, neu geschaffenen Spitzeldiensten, der Justiz, in Polizei und Armee saßen mehr oder minder offen die alten Nazis. Globke z. B., engster Vertrauer Adenauers, Begründer der faschistischen Rassengesetze, Hitlers Generäle Speidel und Heusinger usw. usf. Und Adenauer selbst, der „Antifaschist"? 1929 schrieb er an Mussolini: „Der Name Mussolini wird mit goldenen Lettern in der katholischen Geschichte eingetragen bleiben."

Und das ist das „freie Deutschland", so wie es die Werktätigen zu spüren bekamen.

Polizeiknüppel gegen das Volk



Polizeiknüppel für die Kämpfer gegen die Aufrüstung. Rücksichtslose Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen. Verbot der FDJ und der KPD. Verabschiedung der berüchtigten „Blitzgesetze", Enteignung Tausender Bauern und Verwüstung ihres Landes für die Wiederaufrüstung. Für all das erhielt Adenauer selbst reiche Belohnung. Seine Taschen und die seiner Familie füllten sich schnell. Heute gehört der Adenauerclan zu den reichsten Familien in der Bundesrepublik.

Hinter dem Mythos eines großen Deutschen also das ganz gewöhnliche Gesicht eines Landesverräters, Ausbeuters und Reaktionärs — eines erbitterten Feindes des deutschen Volkes.

"Die Explosion" - Hetzroman im "Stern"

Als die Volksbewegung in Wyhl gegen den Bau des Kernkraftwerks auf ihrem Höhepunkt war, gingen im gesamten Umkreis von Freiburg eines Abends, während gerade ein Fußballänderspiel im Fernsehen übertragen wurde, die Lichter aus. Als Grund dafür wurde eine Bombendrohung angegeben. Der Zweck der Inszenierung damals war klar: In allen bürgerlichen Zeitungen wurde direkt oder indirekt eine Verbindung zwischen den militanten Kämpfern gegen den Bau des Kernkraftwerks und diesem faschistischen Akt gezogen. Damit sollte zum einen die revolutionäre Gewalt verteufelt werden, zum andern sollte ein „Tatsachenbeweis" geschaffen werden, daß ein KKW in der Hand der Kapitalisten ungefährlich, mißbraucht von „Terroristen" dagegen eine Massenmordwaffe sei. Mit anderen Worten, die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Politiker versuchten, die berechtigte Angst der Bevölkerung vor den Kernkraftwerken im Kapitalismus auszunutzen, um Stimmung gegen Revolutionäre und Kommunisten zu machen.

Der „Stern" hat es sich jetzt zur Aufgabe gemacht, diese faschistische Propagandalüge, gemischt mit Sex, junger Liebe und Mord, als Fortsetzungsroman abzudrucken. Die „Zeitkritik", die im „Sern" natürlich auch in einem Roman nicht fehlen darf, wird mit tiefen Griffen in die Klamottenkiste erledigt, die dann etwa den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Eberle als Eberhard Hühnle zu Tage fördern. Ansonsten aber beginnt der Roman da, wo sich auch die baden-württembergische Regierung und das Badenwerk heute schon gerne sähen — einen Tag vor Inbetriebnahme des KKW. So braucht sich Hans Heinrich Ziemann, der Schreiber dieses Machwerks, nicht bei der für die Bourgeoisie unangenehmen, militanten Bewegung der Bevölkerung aufzuhalten und kann gleich zum Kern der Sache übergehen: zum Kampf der braven, hübschen jungen Lehrerin Anne Weiss, Sprecherin der Bürgerinitiative gegen den Bürgerschreck Thomas Müller. Dieser Thomas Müller, von Ziemann zum Mitglied der KPD/ML bestimmt, zeugt davon, daß sich Ziemann für sein Zeilengeld nicht lumpen läßt. Er hat seinen Thomas Müller ganz offensichtlich aus allen antikommunistischen Schablonen gebastelt, deren er habhaft werden konnte: er schreibt im Superjusojargon, sieht aus wie ein Superschläger, benimmt sich wie ein Flegel und druckt seine Pamphlete mit dem Geld, das die Bevölkerung ihm für den Drúck eines ganz anderen Flugblatts anvertraut hatte. Um was es diesem Thomas Müller politisch geht, läßt sich unschwer erraten: er will Regierungsmacht für sich und seine Partei, die Interessen des Volkes spielen keine Rolle. Natürlich kann Anne Weiss das nicht ertragen. Ziemann läßt ihr angesichts solcher Gemeinheiten die Tränen in die Augen steigen.

Mit einem Wort: Thomas Müller ist von der Sorte Rädelsführer, vor der die Regierung das Volk immer wieder warnt und man kann sich kaum vorstellen, daß er bei der zu erwartenden Explosion und weiteren Verbrechen seine Finger nicht in irgendeiner Weise im Spiel haben wird.

Die Manöver sind plump. Aber sie zeigen, daß die Bourgeoisie den Einfluß der Partei in den Klassenbewegungen — und nicht nur bei den Bewegungen gegen die Kernkraftwerke — ernsthaft fürchtet und mit allen Mitteln den Kampf dagegen aufnimmt. Wo „Bild" im Stil eines „Stürmer" hetzt und Gruselgeschichten als Tatsachen ausgibt, da greift der „Stern" zur raffinierteren Methode des Romans, um Emotionen gegen die Kommunisten und gegen die sozialistische Revolution zu schüren.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Das Abonnement hat eine Laufzeit von einem Jahr und kostet 30,-- DM. Es verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen Geschenkabonnements). Die Gebühren sind im voraus zu zahlen. Bestellung oder Anforderung von Probeexemplaren an:

Verlag G. Schubert

Postfach 30 05 26

46 Dortmund 30

Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 321 004 313, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06—466

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW, Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.00-18.30 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

—Anzeige—

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

Rote Hilfe

Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Nr. 1/76 soeben erschienen

Einzelpreis: 0,50 DM

Abonnement für ein Jahr: 10 DM.

Bestellungen an:

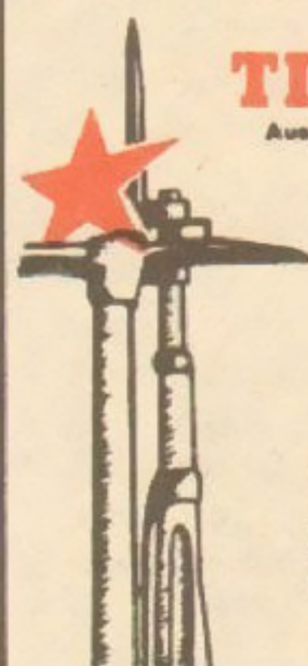
Büro der RHD,
46 Dortmund,
Dorstfelder Hellweg 22.

— Anzeige —

ROTFRONT-VERLAG KIEL

RADIO TIRANA

Ausgewählte Sendungen



Nr. 18 SOEBEN ERSCHIENEN

Erscheint 14tägig. Einzelheft: 2 DM.

Vierteljahresabonnement: 12 DM.

Zu bestellen bei:
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746

Den Betrag für das Vierteljahresabonnement bitte auf das Bankkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse Nr. 850 060 überweisen.